Der Lübecker Volksbote erscheint am Nachmittag jedes Werktages. Der Abonnementspreis beträgt b. Lieferung durch Boten frei Haus für die Woche v. 17.—22. Sept. 4500000 Mk. freibleibend. Einzelverkaufspreis 750000 Mk.

Redaktion: Johannisstraße 46.

Fernruf {905 nur Redaktion. 926 nur Geschäftsstelle.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtgespaltene Petitzeile oder deren Raum 800000 Mark, auswärtige 900000 Mark, für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 700000 Mk., für Reklamen 3200000 Mk.

Geschäftsstelle: Johannisstraße 46.

Fernruf {926 nur Geschäftsstelle 905 nur Redaktion.

Lübecker Volksbote

Tageszeitung für das arbeitende Volk.

Nummer 218. Dienstag, 18. September 1923. 30. Jahrgang.

Trotzdem: Noch mehr Mut!

SPD. Als vor 9 Monaten französische und belgische Truppen in das Ruhrgebiet einmarschierten, wurde diese Verletzung des Versailler Vertrages mit der Pflichtvergessenheit Deutschlands begründet. „Wir wollen bezahlt werden", lautete die Parole, unter der der Versailler Vertrag außer acht gelassen worden ist. Die gleiche Parole ist im Verlaufe der letzten Monate vom französischen Ministerpräsidenten immer wieder verkündet worden, und erst in den letzten Tagen wurde sie der Ruhrbevölkerung durch französische Flieger in Massenaufgeboten von Flugblättern immer wieder kundgetan. Inzwischen hat der deutsche Reichstag die Regierung der geistigen Impotenz von dannen geschickt und dem Volke ein Kabinett gegeben, das aus vollster Ueberzeugung von der Notwendigkeit einer Verständigung mit Frankreich durchdrungen ist. Dafür hat der neue Reichskanzler in den letzten Wochen in Uebereinstimmung mit allen Reichsministern wiederholt Beweise abgelegt, die selbst in der französischen Presse als solche Anerkennung fanden. Trotz der Hetze von rechts und der kommunistischen Wühlereien begab sich die Reichsregierung seit ihrem Regierungsantritt aus Liebe zum Volke und zum deutschen Vaterland auf einen Weg, der bei der augenblicklichen Geistesverfassung in Deutschland für diejenigen, die ihn betraten, zweifellos persönliche Ueberwindung kostete.

Man hätte annehmen sollen, daß dieser Wille zum endgültigen Frieden in dem offiziellen Frankreich von heute ebenfalls auf Widerhall gestoßen wäre, nachdem die Pariser Regierung wiederholt ihren „ernsthaften Verständigungswillen" betont hat. Aber nach den neuesten Reden, die Herr Poincare am vergangenen Sonntag hielt, muß man an einem ernsthaften Friedenswillen im Quai d'Orsay bestimmte Zweifel hegen. Wer die Verständigung will, wühlt nicht in alten Wunden, sondern sucht das Negative auszuschalten und sich ausschließlich dem Positiven zu widmen. Der französische Ministerpräsident hat mit dem Gegenteil vorlieb genommen. Seine Rede ging über die von der Reichsregierung zur Lösung des Ruhrkonfliktes gemachten Vorschläge hinweg, als bestünden sie überhaupt nicht und beschäftigte sich im wesentlichen mit Dingen, die gerade in der gegenwärtigen Zeit der politischen Hochspannung sekundärer Art waren. Was nützt der Welt eine Auseinandersetzung mit London, als welche die Erklärungen vom letzten Sonntag zu betrachten sind? Mit endlosen Diskussionen über den Friedensvertrag und seine einzelnen Paragraphen kommt man einer Verständigung nicht näher, sondern erschwert sie nur, insbesondere, wenn man es so macht, wie der verantwortliche Leiter der französischen Politik es getan hat. Er spricht von dem Friedensvertrag, auf den Frankreich pocht, aber er vergißt, hinzuzufügen, daß Deutschland diesen Vertrag nicht nur unterschrieben hat und ihn damit anerkannte, sondern darüber hinaus jetzt auch bereit ist, Zugeständnisse zur Herbeiführung ruhigerer Verhältnisse in Europa zu machen, die über den Versailler Vertrag hinausgehen und wie sie bisher kein Volk der Welt auf sich genommen hat.

Trotz aller Enttäuschungen darf sich die Reichsregierung in ihrem Ziel zur Verständigung nicht beirren lassen. Ihre Pflicht gegenüber dem Volke ist vielmehr, allen denjenigen Kampf anzusagen, die diese Politik durch sinnlose Forderungen nach einer bewaffneten Auseinandersetzung mit den jetzt im Ruhrgebiet stehenden Mächten vereiteln und ihre Aufgabe gegenwärtig darin sehen, im Auslande den Eindruck zu erwecken, als wäre die Reichsregierung in der Tat zu schwach, ihre Vorschläge zur Lösung des Ruhrkonflikts selbst in die Tat umzusetzen. Solange diesen Elementen freie Hand gelassen wird und sie die Rechte, die ihnen die Verfassung gibt, zur Schädigung Deutschlands, die an Hochverrat grenzt, ausnutzen können, solange wird der französischen Regierung eine Ablehnung auch der weitgehendsten deutschen Vorschläge, die sich schließlich auf die Kraft der deutschen Regierung stützen, leicht gemacht. Wir sind von jeher Anhänger des Koalitionsrechtes gewesen und wären die Letzten, die seine Einschränkung verlangten, wenn es ohnedem möglich wäre, wenn in Deutschland nicht deutschnationale Demagogen lebten, die die Not des Volkes zur Verwirklichung ihrer Parteipolitik gegen die Regierung auszunutzen trachten. Da die Regierung einemal eine Politik in bestimmter Richtung verfolgt, muß sie den Mut haben, in diesen außerordentlichen Zeiten auch gegen alle diejenigen vorzugehen, die den Versuch machen, fern von einer sachlichen Kritik das schwere Ziel der Verständigung noch schwieriger zu machen, als es schon ist. Zu diesen vaterlandslosen Gesellen gehören die Deutschnationalen.

Eine scharfe Hand der Regierung ist, insbesondere aber angesichts der schwierigen Entschlüsse, die in den kommenden Tagen durch die Not im Interesse des Reiches dem gegenwärtigen Kabinett diktiert werden und die in Wirklichkeit auf Unterlassungssünden der vergangenen Regierung zurückzuführen sind, notwendig. Die fortgesetzte Entwertung der Mark und die sich daraus ergebende katastrophale Entwicklung der wirtschaftlichen Lage weisen den Weg, der in den kommenden Tagen zu gehen ist. Er erfordert unendlich viel Mut für die Männer, die in der schwersten Not sich zur Uebernahme der Regierungsgeschäfte opferten und damit ihre Arbeitskraft und vielleicht auch ihr Leben aufs Spiel setzten, aber er muß gegangen werden. Wir können die gegenwärtigen Zustände nicht länger ertragen. Alle Pläne zum Abbau des Reichsdefizits, sei es durch Steigerung der Einnahmen oder durch wesentliche Einschränkung der Ausgaben, sind auf die Dauer wirkungslos, so lange das Loch im Westen nicht verstopft ist. Wir betrachten deshalb jetzt eine Diskussion über den Abbau des Ruhrkonflikts nicht mehr als die Hauptaufgabe der Reichsregierung, sondern glauben, daß nunmehr ein praktischer Schritt notwendig ist, der Aussicht bietet, das Loch im Westen tatsächlich schnell zu stopfen. Einen derartigen Schritt sehen wir zunächst in einem Antrag an die Reparationskommission auf Abschätzung der deutschen Leistungsfähigkeit. Im Juli 1922 hat diese Instanz die Deutschland auferlegten Lasten als zu hoch und unerträglich bezeichnet. Die Logik spricht dafür, daß sie nunmehr nach der durch den Ruhrkrieg wesentlich herabgesetzten Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft und des deutschen Volkes eine entsprechende Entschließung annehmen wird.

Durch eine derart praktische Politik, die ergänzt werden kann durch schnellste Besetzung des Botschafterpostens in Paris brauchen die eingeleiteten deutsch-französischen Verständigungsverhandlungen nicht gestört zu werden. Im Gegenteil, es ist notwendig, sie fortzusetzen und den Versuch zu machen, sie zu fördern durch einen Antrag auf Abschätzung der Leistungsfähigkeit an die nach dem Versailler Vertrag zuständige Vertretung der Ententemächte, weil von ihnen nach den letzten Mitteilungen aus Paris unmittelbar etwas Positives nicht zu erwarten ist. Ohne Mut nach innen und außen ist natürlich die aus Not diktierte Politik nicht durchzuführen.

Schießerei in Sorau.

11 Tote.

SPD. Sorau, 17. Septbr. (Eig. Drahtber.)

Der blutige Vorfall in Sorau hat bis jetzt 11 Tote gefordert. Schwerverwundet sind ungefähr 16 Personen, leichtverwundet 50. Die schweren Verwundungen erklären sich dadurch, daß die Schupo auf das Pflaster schoß. Die abprallenden Geschosse verursachten zum Teil lebensgefährliche Wunden. Bisher wurden zwei Schwerverwundete amputiert.

Der Vorfall zeigt, in welchem gefährlichen Maße sich die Zündstoffe infolge der Auswirkungen der Teuerung häufen. Bei der Lausitzer Arbeiterbevölkerung waren Hunger und Elend seit jeher zu Gast. Die Industrie ist in der Lausitz so geartet, daß sich Konjunkturumschwünge immer sehr schnell bemerkbar machen. So traten auch jetzt bald die Folgen der gegenwärtigen Absatzkrise auf. Soweit die Betriebe nicht stillgelegt wurden, erfolgte eine erhebliche Arbeitsstreckung. Im Durchschnitt wurde nur drei Tage gearbeitet. Die Löhne betrugen durchschnittlich 9—15 Millionen Mark pro Woche, sodaß die Bevölkerung nicht in der Lage war, das Notwendigste zu kaufen, um das Leben fristen zu können.

Die Erregung kam am Freitag morgen auf dem Wochenmarkt zum Ausbruch. Unter Führung von einigen Kommunisten wurden bei den Grünkramhändlern die Preise heruntergesetzt und in einigen Läden einige Zentner Fleisch und Margarine zur Hälfte des Tagespreises verkauft. Im allgemeinen vollzog sich dieser Zwangsverkauf in Ruhe, sodaß die Polizei in Sorau keinen Anlaß zum Einschreiten hatte. Wenn auch einige Kommunisten drohten, am Sonnabend aufs Land zu ziehen, wären die Verhältnisse am folgenden Tage wieder normal gewesen, wenn der Bürgermeister Seeliger und der Landrat von Schönfeldt nicht von Kottbus telefonisch die Hilfe der Schutzpolizei angefordert hätten. Der Beschluß, Schupo heranzuziehen, ist in einer Versammlung der bürgerlichen Parteien gefaßt worden, ohne daß die Gewerkschaften hinzugezogen waren. Am Sonntag gegen ¼ vor 8 Uhr morgens trat die Schutzpolizei ein. Die Kottbuser Polizei hat wegen der blutigen Vorfälle in Senftenberg bei der Sorauer Arbeiterschaft keinen guten Ruf. Dazu kam, daß durch die Polizei harmlose Straßenpassanten in gröbster Weise behandelt und verschiedentlich zur Wache geschleift wurden. Es sammelten sich Neugierige auf dem Rathausplatz an, deren Stimmung sehr erregt wurde. Die Gewerkschaften legten sich nun ins Mittel und ersuchten um Zurückziehung der Schupo, wenigstens auf 1—2 Stunden, um friedlich auf die Massen einwirken zu können. Das wurde vom Bürgermeister abgelehnt. Sie beriefen nunmehr für 2 Uhr nachmittags eine Versammlung ein, in der sie zur Ruhe und Ordnung ermahnten. Die Versammlung verlief ruhig und löste sich ohne Zwischenfall auf. Während sich später der Vorstand des Gewerkschaftskartells nochmals zum Bürgermeister begab, um zu verhandeln, fielen die ersten Schüsse, und zwar kurz darauf, nachdem der Schupohauptmann zum Freimachen der Straße aufgefordert hatte.

Wie Augenzeugen des Vorfalls bestätigen, konnte man die Kommandos der Schutzpolizei, die aus dem Rathaus stürzte, nicht verstehen. Die Menge wich zurück, sodaß vor der Schupo ein freier Raum war. Als die erste Salve krachte, floh die Menge regellos. Es muß festgestellt werden, daß die Nervosität der Schutzpolizei die Hauptursache des beklagenswerten Vorfalles ist.

Kurs vom 18. September:

Dollar 180000000.

Währung und Reichsfinanzen.

„Es handelt sich augenblicklich um die kritischste Periode, die seit Gründung des Reiches überhaupt da war, vielleicht um die kritischste Periode, die in der Existenz eines großen Reiches je vorhanden gewesen ist." Mit diesen Worten charakterisierte Genosse Hilferding in seiner Rede im Reichswirtschaftsrat die finanz- und wirtschaftspolitische Situation Deutschlands. Was er an Einzelheiten zum Beweise für diese These vorbrachte, war erdrückend und übersteigt die Vorstellungen, die die breite Oeffentlichkeit sich bisher trotz aller erschreckenden Zahlen über die Finanzlage des Reiches gemacht hat. Zu diesem Zustand haben in erster Linie die ungeheuren Ausgaben, die der Ruhrkampf erfordert, geführt. Steuermittel standen nicht zur Verfügung. Eine unmittelbare und fühlbare Belastung der Wirtschaft, insbesondere ihrer leistungsfähigen Kreise war nicht vorhanden, und soweit sie beabsichtigt wurde, begegnete sie dem allerschärfsten Widerstand. Mittels der Notenpresse wurden die Billionenbeträge herangeschafft, mit denen das Reich alle finanziellen Anforderungen erfüllte.

Das hat zu dem Zustand geführt, daß das Reich alle nur denkbaren finanziellen Ansprüche befriedigen sollte. Jede finanzielle Verantwortung ist geschwunden. Bei Ländern und Gemeinden ist sie eben so wenig vorhanden, wie bei anderen öffentlichen Körperschaften, gemeinnützigen Organisationen oder gar den Privaten. Nachdem das Reich nach Eintritt in den Ruhrkampf alle finanziellen Bedürfnisse der besetzten Gebiete erfüllte, hat die Meinung rasend um sich gegriffen, auch alle übrigen Geldbedürfnisse könnten auf demselben Wege befriedigt werden. Unter der Regierung Cuno ist nie gewagt worden, dieser Meinung zu widersprechen. Unbekümmert um die Folgen, ohne Verantwortung für die Reichsfinanzen, vielleicht sogar ohne die Erkenntnis der gewaltigen Gefahr, die eine solche frivole Finanzpolitik mit sich bringt, wurde jede Anforderung bewilligt. Das Reich wurde nicht nur zum alleinigen finanziellen Träger der besetzten Gebiete, der Länder, Gemeinden und aller sonstigen öffentlichen Körperschaften, sondern auch zum Kreditgeber und finanziellen Unterstützer eines großen Teil der Privatwirtschaft.

Die Folge war die vollständige Zerrüttung der Riechsfinanzen, der immer schnellere Verfall der Währung, die Beunruhigung der Wirtschaft, der Rückgang der Arbeitsleistung, die Demoralisierung aller Unterstützten, der beschleunigte Ruin des Mittelstandes, die Ausraubung von Kleingewerbe und Kleinhandel, die Untergrabung der Existenz der Lohn- und Gehaltsempfänger und der Rentner. Gleichzeitig aber hatte der sicher unerschöpfliche Geldzufluß insbesondere nach dem Ruhrgebiet infolge des völligen Mangels einer wirksamen Kontrolle eine gewaltige **finanzielle Stärkung der rheinisch-westfälischen Großunternehmungen zur Folge.** Seit Monaten gehen von diesen Kreisen die großen Devisen- und Effektenkäufe aus. Nur sie verfügen über die gewaltigen Mittel, die dafür erforderlich waren. Sie, für deren Erhaltung das Reich und die Massen des unbesetzten Gebietes so ungeheure finanzielle Opfer gebracht haben und täglich weiter bringen, haben **diesen Existenzkampf Deutschlands durch ihr Tun geradezu untergraben.** Es ist das trübste Kapitel in dem Kampf um die Erhaltung von Rhein und Ruhr, daß diejenigen, für deren Existenz das deutsche Volk die schwersten Leiden auf sich genommen hat, die Devisenkrisen hervorgerufen haben die allen Widerstand zu erschlagen drohen.

Es ist deshalb die höchste Zeit, daß das Volk Klarheit erhält über die ungeheure finanzielle Mißwirtschaft, die unter der Regierung Cuno betrieben worden ist. Sie zu liquidieren ist die denkbar schwierigste Aufgabe. Aber die Aufgabe muß gelöst werden. Daß das mit Härten für den Einzelnen verbunden ist, der bisher alles der rührenden Sorge des Reiches überlassen hat, ist selbstverständlich. Aber diese Härten dürfen den Weg zur Gesundung nicht versperren. Die Gesundung der Wirtschaft bedingt das rücksichtsloseste Vorgehen und die **schärfste Voranstellung der Interessen des Reiches an der Ordnung seiner Finanzen.** Diesem Ziel müssen alle anderen Interessen untergeordnet werden, denn es ist in Wirklichkeit das Ziel, von dessen Erreichung die Rettung des Reiches und die Milderung der Wirtschaftsschwierigkeiten abhängig ist. Ohne die Erkenntnis, daß die Notenpresse stillgelegt werden muß, die jene ungeheure Verantwortungslosigkeit gezüchtet hat, die den Verfall Deutschlands in drohende Nähe rückt, ist das nicht zu erreichen.

Hilferding aber hat sich nicht darauf beschränkt, die Ursachen für Deutschlands trostlose Finanzwirtschaft aufzuzeigen, sondern er hat auch die Mittel zur Abhilfe dargelegt. Neben dem planmäßigen und fristmäßigen Abbau der Ruhrkredite sollen auch alle anderen Ausgaben bis auf das Maß, das für die unmittelbare Erhaltung des Reiches notwendig ist, gedrosselt werden. Es soll auch Schluß gemacht werden mit der ganzen Zuschußwirtschaft. Länder und Kommunen sollen wieder eigene Steuerquellen und damit die Verantwortung für ihre eigenen Ausgaben erhalten. Im großen und ganzen stimmen die Absichten Hilferdings überein mit der Haltung, die die Sozialdemokratie bisher eingenommen hat. Im Gegensatz zu den bürgerlichen Parteien ist von ihr immer gefordert worden, daß Ausgaben nur im Rahmen der Einnahmen bewilligt werden dürfen und daß die Freigebigkeit, die das Reich bei Entschädigungszahlungen und Entgelten für Sachlieferungen an den Tag gelegt hat, ebenso schädlich ist, wie die Unterlassung wirksamer Steuermaßnahmen. Neben dem Abbau der Ruhrkredite gebietet es deshalb die finanzielle Situation

Deutschlands, daß die Entschädigungszahlungen aller Art vorläufig suspendiert werden. Auch die **Bereicherung bei den Sachlieferungen** muß sofort unterbunden werden.

Aber auch die schärfste Einschränkung der Ausgaben wird den Stillstand der Notenpresse nicht herbeiführen können. Noch deckt das Reich nur einen so geringen Teil seiner Ausgaben durch Steuern, daß auch die stärkste Einschränkung der Ausgaben das Gleichgewicht des Haushaltes nicht herstellt. Das wird um so weniger der Fall sein, wenn die Einnahmen des Reiches noch verkürzt werden. Unter diesem Gesichtspunkt betrachtet ist der Abbau der Ausfuhrabgabe und der Kohlensteuer überaus gefährlich. Er würde bedeuten, daß leistungsfähigen Schichten Lasten abgenommen werden, die durch die Notenpresse den Leistungsschwachen in verstärktem Maße auferlegt werden müssen. **Die Einnahmen des Reiches müssen also stark erhöht werden.** Endgültig wird das nur durch jene große, im Zusammenhang mit der Lösung des Reparationsproblems stehende Finanzreform möglich sein, für deren Kernstück die Erfassung der Sachwerte absolut notwendig ist. Aber gleichzeitig damit und bereits vorher müssen die bestehenden Steuern in noch höherem Maße als bisher wertbeständig gemacht werden. Die Privatwirtschaft kennt nur noch wertbeständige Zahlungen. Allein der Staat hat diesen Grundsatz noch nicht verwirklicht. Zölle und Ausfuhrabgabe müssen daher in Gold erhoben werden. Für die Betriebsabgabe der Industrie und der Landwirtschaft kann dieselbe Anforderung gestellt werden. Auch andere Steuern werden in ihrem Ertrage immer noch durch verspätete Zahlung oder einen zu niedrigen Multiplikator entwertet. Ein schwerer Mangel scheint uns endlich in der Tatsache zu liegen, daß die Steuergelder zum großen Teil an die Finanzkassen der Gemeinden abgeliefert werden, dort tagelang nutzlos liegen und von den Girozentralen der Privatwirtschaft zu niedrigem Zins ausgeliehen werden, bevor sie an das Reich gelangen.

Wird so der Versuch zur Ordnung der Finanzen des Reiches gemacht, so wird auch die Währungssanierung durchgeführt werden können. Denn die Sanierung der Währung bedingt die Sanierung der Finanzen, wie andererseits die Sanierung der Finanzen unmöglich ist ohne die Sanierung der Währung. Sie aber setzt einen genügenden Vorrat an Gold und Goldwerten voraus, um darauf die Ausgabe eines wertbeständigen Zahlungsmittels vorzunehmen. Stärker als der Goldfonds der Reichsbank ist der Goldfonds der deutschen Wirtschaft. Sie hat einen großen Teil des Goldes aufgesogen, der aus dem Goldbestand der Reichsbank im Verlaufe dieses Jahres verschleudert wurde. Diese Beträge und die goldwerten ausländischen Zahlungsmittel, die die Wirtschaft besitzt, gehören jetzt in die Hände des Reiches, müssen zur Bildung eines Münzfonds verwendet werden, der bei gleichzeitiger Sanierung der Reichsfinanzen auch die Möglichkeit zur Sanierung der Währung gibt.

Vor einer monarchistischen Aktion in Bayern?

SPD. München, 17. Septbr. (Eig. Drahtber.)

Die Bedeutung der Sonntagsrede des bayrischen Ministerpräsidenten in Tuntenhausen liegt wohl in der Tatsache, daß nun von höchster bayrischer Regierungsstelle offen und unzweideutig **die Gefahr einer unmittelbar bevorstehenden nationalen bayrischen Aktion anerkannt ist.** Außerordentlich bezeichnend ist dabei, daß heute — drei Monate nach dem Hochverratsprozeß Ludendorff-Machnus — nunmehr auch die bayrischen Regierungskreise die Doktrin jener Hochverräter, die man damals mit so großer Eilfertigkeit von den Rockschößen schüttelte, sich zu eigen gemacht hat: Die Entwicklung im Reich dränge auf Ausbruch des Bolschewismus in Norddeutschland und für den Fall wäre es die Pflicht Bayerns, die deutsche Sache zu verteidigen. Dem Herrn von Knilling und denjenigen, die ihn auf seinen Posten gestellt haben, ist es ohne weiteres zu glauben, daß sie die Augen offen halten und auf alle Eventualitäten vorbereitet sind. Was das bedeutet, ist auch zu erkennen aus den gewaltigen Anstrengungen, die von dieser Seite in den letzten Monaten gemacht wurden, um den Hitler-, Ludendorff- und Kappbünden eine Formation ähnlichen Charakters entgegenzustellen, die sich organisatorisch auf die vaterländischen Vereine in ganz Bayern stützt. Die Hauptagitationsarbeit leistete dabei Herr von Kahr, nachdem in diesem Frühjahr sein letzter Versuch, Ludendorff und seine Anhänger für die weißblaue Sache zu gewinnen, fehlgeschlagen ist.

Wer in den Gewässern der bayrischen Politik der Vergangenheit und Gegenwart heimisch ist, findet im übrigen in der Rede Knillings keine Untiefe — mit einer einzigen Ausnahme. Diese tritt in dem Satz: „Den Gedanken einer Absonderung Bayerns vom Reich weiß in Bayern jeder ernsthafte Politiker von sich", hervor. Nun weiß aber jeder ernsthafte Politiker in München, daß in den langwährenden Sitzungen der Bayrischen Volkspartei während der letzten Wochen gerade das Thema der eventl. Absonderung Bayerns vom Reich, oder besser gesagt, „von der Berliner Regierung" eine Hauptrolle gespielt hat und man weiß auch, daß bei dem entstandenen Meinungsstreit gerade die radikalere Gruppe der Partei, in der junge Ministerial- und Reichsbeamte das Wort führen, den Sieg davongetragen hat. Sogar der politisch sonst besonnene Fraktionschef der Partei, der Geheimrat Held, scheint der beredten Ueberzeugungskraft seiner urgermanischen Parteigenossen erlegen zu sein, denn nur so sind seine Worte zu erklären: „Der Zusammenbruch des Reiches ist fertig. Es ist nun Pflicht Bayerns, zu retten, was zu retten ist. Wir können nicht länger passiv bleiben, wir müssen aktiv werden!" In einer dieser Sitzungen war auch ernsthaft die Rede von dem in der bayrischen Phantasie seit langem spukenden katholischen Rhein-Main-Donau-Staat. In diesem Zusammenhang gewinnt die Meldung der „Münchener Allgemeinen Ztg." vom 16. September Bedeutung, in der es heißt, daß von Bayern aus neuerdings Fühlungnahme mit Frankreich zur Aufrichtung eines Rhein-Donau-Staates gesucht wurde und daß bereits auch Verhandlungen eingeleitet sind wegen der Versorgung Bayerns mit englischer Kohle über Triest. Da der ehemalige Kronprinz Rupprecht es abgelehnt habe, König von Frankreichs Gnaden zu werden, genau so, wie er es ablehnte, seinen Thron aus der Hand Ludendorffs zu empfangen, hätten dieselben bayrischen Kreise an einen Verwandten der ehemaligen Kaiserin Zita von Oesterreich gedacht. Es soll sich dabei um einen Herrn von Parma handeln, die sich bereits während des Weltkrieges sehr eifrig in Paris betätigt haben. Diese Dinge werden im Zusammenhang mit Namen genannt, die in Bayern sehr wohl als „ernsthafte Politiker" bekannt sind. Da nicht anzunehmen ist, daß dem Herrn von Knilling als bayrischen Ministerpräsidenten und als hervorragendes Mitglied der Bayrischen Volkspartei das alles unbekannt ist, so ist der zitierte Satz seiner Rede in Tuntenhausen zum mindesten geeignet, lebhaften Zweifel und Mißverständnisse aufkommen zu lassen.

*

SPD. München, 17. Septbr. (Eig. Drahtb.)

In einer Versammlung oberbayrischer Bauern in Erding ergriff Herr von Kahr als Regierungspräsident von Oberbayern das Wort und hetzte mit außerordentlich starken Worten gegen die Sozialdemokratie und die sogenannten Novemberverbrecher, deren er die ganze Schuld an der heutigen Not des deutschen Volkes aufbürdete. Wörtlich sagte er: „Wir müssen es offen betonen, fremdes Verbrechergesindel hat es in der durch Entbehrung und Sorgen zermürbten Heimat fertiggebracht, unserer tapferen, unbesiegten Armee in den Rücken zu fallen. Ein Leben in Schönheit und Würde wurde damals dem deutschen Volke von den Verführern versprochen und Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit wurde ihm verkündet. Aber wie tief hat unser Volk jenes Novemberverbrechen ins Elend und ins Verderben gestürzt. Das Reich von Weimar hat den größten Teil seines Nationalvermögens nutzlos an Frankreich vergeudet, eine schwebende Schuld von tausenden Billionen angehäuft, sodaß die die Substanz erfassende oder richtiger gesagt, marxistisch sozialisierende Notsteuer mit ihrem Gesamtertrage von 150 Billionen nicht einmal hinreicht, auch nur für 2 Tage den Reichsbedarf zu decken."

*

Seit einigen Tagen wird in Versammlungen und Zeitungen auch gegen das Reichswehrministerium gehetzt, weil es angeblich einem Verlangen der sächsischen Regierung entsprochen und den bayrischen General von Epp zeitweise verabschiedet habe. Von amtlicher bayrischer Seite wird demgegenüber mitgeteilt, daß das Reichswehrministerium entschieden bestreitet, daß General von Epp auf Betreiben Dr. Zeigners ausscheidet. Sein Abschied, von dem übrigens offiziell hier nichts bekannt ist, soll lediglich darauf zurückzuführen sein, daß Epp die Altersgrenze erreicht hat.

Eine Hitlerparade an der oberfränkischen Grenze.

Hof in Bayern, 17. Septbr.

Die gestrige Reichsflaggenweihe und der Deutsche Tag waren von mehreren Hundertschaften aus Nordbayern, Sachsen und Thüringen besucht. Admiral Scheer und Adolf Hitler nahmen die Parade ab. Der Vorbeimarsch des militärisch formulierten Zuges nahm unter Führung von Offizieren und Marinevertretern in Uniform ca. 1 Stunde in Anspruch. Es wurden über 100 blau-weiße und schwarz-weiß-rote und 60 Hakenkreuzfahnen mitgeführt. Sämtliche Redner gaben die Parole ab: Auf zum Kampf! Zunächst zur Ordnung und Säuberung im Innern und dann los gegen den äußeren Feind und die Bewucherung.

Die Kommunisten bekommen immer schärfere Parolenkonkurrenz von — Adolf Hitler.

Das Ergebnis der Goldanleihe.

Das vorläufige Ergebnis der Goldanleihe beträgt rund 75 Millionen in Gold. Da der Dollar wieder anzieht, ist bis zum 18. September, wo die Anleihezeichnungen geschlossen werden, sehr wahrscheinlich mit einer weiteren Erhöhung zu rechnen. Im allgemeinen wird das Ergebnis als günstig bezeichnet, besonders in Hinsicht auf die verkürzte Frist und die Auswirkung der Inflation, die der Geldflüssigkeit Abbruch tat. Die Anleihe soll nach Zeichnungsschluß sofort an der Börse gehandelt werden. Bei den Girozentralen und bei den ihnen angeschlossenen Sparkassen und Sparstellen werden Goldkonten auf Basis der Anleihe fortlaufend errichtet. Die Anleihe wird an jedem Wochentag mit Ausnahme von Sonnabend notiert, wodurch sie den Devisen gleichgestellt wird.

*

Die Reichsbank hat den Diskont auf 90 Prozent erhöht. Damit ist sie einer seit Wochen allgemein erhobenen Forderung nachgekommen. Zum ersten Male tritt nach den neuen Bestimmungen eine Teilung des Diskonts ein. Der Lombardzinsfuß ist auf 10 Prozent herabgesetzt, da der ganze Lombardverkehr auf eine wertbeständige Grundlage gestellt worden ist, die natürlich den alten Zinsfuß nicht mehr verträgt. Inzwischen macht sich wieder eine starke Inanspruchnahme von Papiermarkkrediten, besonders in der Provinz, bemerkbar. Da die Privatbanken heute schon pro Tag einen Diskontsatz nehmen zwischen 2½ und 3½ Prozent, muß verlangt werden, daß sich der Reichsbankdiskont unverzüglich diesen Sätzen angleicht, damit weiterer Mißbrauch der Papiermarkkredite, soweit sie noch gegeben werden, verhindert wird.

Sachsens Kampf gegen Geßler.

Die sächsischen Parteiorganisationen nahmen Ende der vergangenen Woche in Gegenwart des Gen. Dittmann vom Parteivorstand Stellung zu dem Fall Geßler. Die Auffassung der sächsischen Landesinstanzen kommt in folgenden Entschließungen zum Ausdruck:

I.

Die Landesinstanzen nehmen Kenntnis davon, daß

1. die Reichsregierung im Gegensatz zu dem vom Reichswehrministerium erlassenen Verbot es für unzulässig erklärt hat, daß die Reichswehr die Beziehungen zur sächsischen Regierung abbricht,

2. der Reichskanzler und der Reichswehrminister jede Beziehung der Reichswehr zu illegalen Organisationen entschieden verurteilen,

3. ein Befehl des Reichswehrministers der Reichswehr solche Beziehungen verbietet.

Die Landesinstanzen halten es trotzdem für notwendig, daß die Partei ihren Kampf gegen das Eindringen der Reaktion in die Reichswehr fortsetzt, damit die Reichswehr zu einem zuverlässigen Instrument der Republik gemacht werden kann.

II.

Die Landesinstanzen der VSPD. Sachsens halten den weiteren energischen Kampf gegen die reaktionären Umtriebe, die auch in die Reichswehr übergreifen, für unerläßlich. Sie erklären eine Erledigung der Frage des Reichswehrministers Geßler nur für gegeben, wenn die gesamte Reichsregierung durch eine entsprechende Verordnung die notwendigen Maßnahmen in die Wege leitet. Geschieht dies nicht, so wird der Landtag in Kürze seine Stellungnahme hierzu in unzweideutiger Weise zu bekunden haben.

Die erste Entschließung wurde mit großer Mehrheit, die zweite mit allen gegen 4 Stimmen angenommen.

Die Teuerungszuschläge für die Beamten.

Berlin, 17. Septbr.

Der Haushaltsausschuß des Reichstages stimmte dem Regierungsvorschlag zu, der die **Erhöhung der Teuerungszuschläge für das dritte Monatsviertel auf 130 [illegible] Prozent festsetzt.**

*

Von einer Seite, die in der Regel falsch unterrichtet ist, wurde die Nachricht verbreitet, daß zwischen dem Reichsfinanzministerium und den Reichsbeamten ein ernster Konflikt über die Frage der künftigen Gehaltszahlungen ausgebrochen sei. Diese Feststellung entspricht nicht den Tatsachen. Es handelt sich lediglich um einen Vorgang, der bei den am Sonnabend, dem 15. September stattgefundenen Verhandlungen zu verzeichnen war: Das Reichsfinanzministerium machte den Vorschlag, **die Anpassung der Beamtenbesoldung an die Haushaltskosten künftig wöchentlich stattfinden zu lassen.** Diese Zahlungsweise glaubte der Achterausschuß, der als Verhandlungskommission der Spitzenorganisation tätig ist, ohne Zustimmung der Spitzenorganisationen vorläufig nicht akzeptieren zu können. Deshalb werden sich zunächst die Spitzenorganisationen mit dieser Angelegenheit beschäftigen. Es ist anzunehmen, daß sie genügend Verständnis für die Not haben und der Absicht des Reichsfinanzministers, die aus Interesse an unserem Volke diktiert wurde, anschließen.

— Auch der „Lübecker General-Anzeiger" hat sich an der Verbreitung der irreführenden Meldung beteiligt; unter einer geradezu tendenziös aufgemachten Ueberschrift. Haltlos schwankt er stets hin und her zwischen kostenloser Beamtenfreundlichkeit und — Rücksichtnahme auf den gedankenlosen Spießbürger.

Eines muß sich die Oeffentlichkeit angewöhnen: Die Beamtengehälter dürfen nicht an dem Maßstabe der obersten Klasse gemessen werden. Neun Zehntel aller Beamten gehören den sechs untersten Klassen an. Ihr Gehalt setzt genau so wie der Arbeiterlohn ein Hungerleben voraus.

Einer, der sich erholt hat.

Am Donnerstag der vorvergangenen Woche besprach bekanntlich die Reichsregierung mit Vertretern des Rheinlandes die politische Lage. In dieser Sitzung hatten der Oberbürgermeister Adenauer und Herr Kommerzienrat Louis Hagen u. a. das Bedürfnis, mit starken Worten für die Fortsetzung des passiven Widerstandes einzutreten. Wie wir jetzt erfahren, war Herr Hagen gerade von einem mehrwöchigen Erholungsurlaub im Ausland zurückgekehrt, ohne überhaupt erst wieder im Rheinland gewesen zu sein, sodaß er also die Stimmung in den besetzten Gebieten gar nicht kennen konnte. Wenn er sich trotzdem berufen fühlte, die Stimmung der rheinischen Bevölkerung wiederzugeben, so zeugt das mindestens von einer gewissen Leichtfertigkeit, hinter der sich vielleicht bestimmte Gründe verbergen, die mit Patriotismus nichts gemein haben.

Poincares Verfolgungswahn.

Paris, 17. September.

In politischen Kreisen Frankreichs sieht man die gestrige Rede Poincares als den Beweis seines krankhaften Mißtrauens gegen alle und jeden an. Dieses Mißtrauen ist bei Poincare, wie verlautet, derart stark, daß selbst französische Persönlichkeiten, die sonst sein volles Vertrauen genießen, keinen Glauben bei ihm finden, wenn sie auf Grund persönlicher Eindrücke die Notwendigkeit einer raschen Regelung betonen und für den aufrichtigen Erfüllungswillen der neuen deutschen Regierung Zeugnis ablegen. Poincare scheint mehr wie vordem von dem Glauben erfüllt zu sein, daß sich so ziemlich die ganze Welt mit Deutschland verschworen habe, Frankreich um seine Reparationsrechte zu betrügen. (!)

— Poincare scheint sich in einem ähnlichen Geisteszustand zu befinden wie verschiedene bürgerliche Politiker in Lübeck.

Paris, 17. September.

Zu der gestrigen Rede Poincares wird in hiesigen amtlichen Kreisen bemerkt, daß die Pläne Dr. Stresemanns bei den französischen Delegierten in der Reparationskommission lebhaftes Interesse gefunden haben und daß Poincares gestriger Hinweis auf die Kommission unter diesen Umständen keineswegs einer glatten Zurückweisung des deutschen Vorschlages gleichkommt. Man betont in unterrichteten Kreisen, daß die Vorschläge auf jeden Fall der Reparationskommission zur Prüfung vorgelegt werden müßten und daß eine Ausführung unter der obersten Aufsicht der Reparationskommission durchaus denkbar ist, zumal es der Reparationskommission freisteht, noch beliebig andere Organe mit der praktischen Durchführung der von ihr genehmigten Pläne zu betrauen.

Italienischer Staatsstreich in Fiume.

Rom, 17. September.

Die Regierung Fiumes ist zurückgetreten.

Der Vizepräsident der verfassunggebenden Versammlung von Fiume, Depoli, weist in einem längeren Schreiben an die italienische Regierung darauf hin, daß er erwartet habe, er werde sein vorläufiges Amt — er leitet die Regierung von Fiume seit März 1922 — nur so lange zu führen haben, bis eine reguläre Organisation gebildet sei. Aus den Vorbesprechungen zwischen Italien und Jugoslavien in Genua sei jedoch die Konvention von Santa Marguerita hervorgegangen, die die Lösung der Frage nur hinausgeschoben habe. Die Lage Fiumes sei, trotz der italienischen Hilfe, infolgedessen immer unerträglicher geworden und seine eigene (Depolis) Autorität sei immer mehr gesunken. Depoli erinnert daran, daß er der italienischen Regierung bereits erklärt, daß es ihm ohne Lösung der Fiumer Frage schwer werden würde, seine Autorität aufrechtzuerhalten und seine verantwortungsvolle Aufgabe weiterzuführen. Damals sei ihm mitgeteilt worden, es sei beschlossene Sache, das Möglichste zur Lösung zu tun. Heute sei die Lösung fern und keine Hoffnung auf schnelle Besserung vorhanden. Deshalb glaube er wiederum nur seine Pflicht zu erfüllen, wenn er das ihm anvertraute Amt niederlege. Wenn er habe hoffen dürfen, nützliche Dienste bis zu dem Augenblick zu leisten, da die Lösung des internationalen Streites, der seit langem über seinem unglücklichen Lande lafte, noch möglich oder gar unmittelbar bevorstehend schien, so sei nach dem Fehlschlagen der langen Besprechungen keine Rechtfertigung mehr möglich. Das Volk von Fiume könne nicht bis ins Unendliche warten, Gegenstand von Versuchen und unausführbaren politischen Formeln sein.

Depoli weist darauf hin, daß vom Tage seines Rücktrittes an keine andere Behörde in der Stadt bleiben wird, außer dem Kommandanten der königlichen Armee, und daß die Stadt Ende des Monats ohne die notwendigen Existenzmittel dastehen wird.

Ein italienischer Gouverneur bestellt.

Rom, 17. Septbr. (Drahtber.)

Der italienische Ministerrat faßte zu der Rücktrittserklärung Depolis folgenden Beschluß: Nachdem der Ministerrat von dem Briefe Kenntnis genommen, in dem Depolis seinen Rücktritt von der Fiume-Regierung erklärt, ernennt er in Erwägung der unnormalen Verhältnisse in Fiume und in Erwartung der Regelung der Lage in der Stadt den General der Armee und königlichen Senator Giardino zum Militärgouverneur und erteilt ihm den Auftrag, die öffentliche Ordnung zu sichern und die Verwaltung wahrzunehmen.

Der Beschluß ist der Belgrader Regierung und sämtlichen Mächten zur Kenntnis gebracht worden.

Das Problem der Mehrarbeit.

SPD. Deutschland ist ein armes Land geworden. Neun Jahre Krieg haben seine Wirtschaft in schwerste Bedrängnis gebracht, die Währung zerrüttet und weite Volkskreise verarmt. Dem steht zwar eine gewaltige Bereicherung kleiner Kreise der Sachwertbesitzer gegenüber und die Entstehung einer Schicht von neuen Reichen, aber das alles ist bedeutungslos gegenüber der ungeheuren Verarmung des Reiches. Mit geringen Steuerlasten wurden ehemals umfangreiche Staatsausgaben gedeckt. Für die Folge werden starke Lasten erforderlich sein, weil zu den inneren Staatsausgaben die äußeren Lasten hinzugetreten sind, die die deutsche Wirtschaft auf viele Jahre hinaus schwer bedrücken werden.

Wenn unmittelbar nach Kriegsende im Jahre 1918 im ganzen deutschen Volke, insbesondere in seinen kapitalistischen Kreisen, die Erkenntnis lebendig gewesen wäre, daß Deutschland den Krieg verloren habe und ohne Erfüllung der Reparationsverpflichtungen die Freiheit seines Gebietes und seines Handelns nicht werde behalten können, hätte unter schärfster Anspannung der produktiven Kräfte mit der Erfüllung der Reparationsverpflichtungen der Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft planvoll durchgeführt werden können. Aber, statt dessen hat die kapitalistische Einstellung der deutschen Wirtschaft, die gleichbedeutend ist mit dem Wunsche nach Erhöhung des privaten Profits, dauernd den Versuch gemacht, die Reparationsverpflichtungen, deren Unerfüllbarkeit bei Anspannung aller Kräfte bald von selbst hervorgetreten wäre, auch ohne diese planmäßige Förderung der deutschen Produktion als unmöglich zu erweisen. Die Ruhrbesetzung ist daher nicht nur das Ergebnis französischen Machtwillens, sondern auch das Ergebnis kapitalistischen Eigennutzes und der Ohnmacht der Staatsgewalt in Deutschland gegenüber diesen Kreisen. Es ist ein schlimmes Erbe, das die Regierung dem deutschen Volk mit der Ruhrbesetzung hinterlassen hat. Das wichtigste Industriegebiet Deutschlands ist brachgelegt. Es hat keine Produktion, schafft seit fast neun Monaten keine Werte, erfordert aber ungeheure Werte zu seiner Erhaltung von der übrigen Wirtschaft. Die damit verbundenen Lasten haben den Verarmungsprozeß des Reiches ungeheuer verschärft. Finanzzerrüttung und Währungszerfall sind der Ausdruck dieser Tatsache. Durch die Ruhrbesetzung ist also Deutschland weiter verarmt.

Um wieder zur Gesundung zu kommen, um innere und äußere Verpflichtungen Deutschlands zu erfüllen, um der deutschen Bevölkerung eine ausreichende Lebenshaltung zu sichern, ist die Steigerung der Produktion unumgänglich. Die Voraussetzungen hierfür sind nicht ungünstig. Der Produktionsapparat der deutschen Wirtschaft ist von der Kriegszerstörung unbeeinflußt geblieben. Auch die Nachkriegszeit hat ihn, jedenfalls soweit das unbesetzte Gebiet in Frage kommt, nicht beeinträchtigt. Zwar ist durch die Abtretung deutscher Gebiete, die Wegnahme der Kolonien und der Handelsflotte unsere Produktionsbasis eingeengt, aber diese eingeengte Basis hat auch manche Verbesserungen aufzuweisen, die die Möglichkeit erhöhter Produktionsleistungen rechtfertigen. Von Bedeutung ist auch, daß das wichtigste Gut der deutschen Volkswirtschaft, die menschliche Arbeitskraft, zwar unter Kriegs- und Nachkriegswirkungen gelitten hat, doch aber leicht wieder zur vollen Entfaltung kommen kann, wenn der Produktion sichere Grundlagen und der Arbeiterschaft gesicherte Existenzbedingungen gegeben werden.

Die Arbeiterklasse erkennt die Notwendigkeit der Steigerung der Produktion rückhaltlos an. Sie weiß, daß ein verarmtes Volk nur durch qualitative und quantitative Arbeitsleistungen wieder zur Blüte kommen kann und daß solche Anstrengungen für Deutschland um so notwendiger sind, je größer die inneren und äußeren Lasten sich darstellen. Sie weiß auch, daß eine so starke Steigerung der Erzeugung, daß sie über den Bedarf hinausreicht, notwendig ist, wenn die Macht der Kartelle die Preisdiktatur der Syndikate, der Wucher der Landwirtschaft mit Aussicht auf Erfolg bekämpft werden soll. Bei Warenknappheit ist der Verbraucher dem Erzeuger und Händler schutzlos ausgeliefert. Bei Warenüberfluß muß der Erzeuger und Händler um den Absatz seiner Produktion ringen und verliert seine monopolartige Stellung. Soweit zur Erreichung eines solchen Zustandes Anstrengungen der Arbeiterklasse erforderlich sind, wird es an ihnen für die Folge so wenig fehlen, wie es in der Vergangenheit daran gefehlt hat. Es ist nicht zu bestreiten, daß in vielen Fällen trotz Verkürzung der Arbeitszeit die Leistungen der Arbeiter den Friedensstand erreicht und überschritten haben. Wo das nicht der Fall ist, war die Hauptursache dafür die Vernachlässigung der Produktionseinrichtungen durch die Unternehmer, die zu geringe Bezahlung und zu schlechte Lebenshaltung der Arbeiter und die Unsicherheit ihrer Existenz, die mit der Währungszerrüttung eng verbunden ist. Das beste Mittel, die Arbeitsleistung zu steigern, ist deshalb die Herbeiführung gesicherter Wirtschafts- und Existenzverhältnisse. Dann wird auch innerhalb des Achtstundentages die deutsche Produktion so gesteigert werden können, daß der Bedarf der deutschen Wirtschaft und die Bezahlung der Reparationsforderungen durch die deutsche Warenerzeugung gedeckt werden können.

Unter dem Deckmantel des Rufes nach Mehrarbeit versteckt sich aber bei vielen Großindustriellen der Wunsch, **die Arbeiterkraft in die alte sklavische Abhängigkeit zu bringen.** Diesen Leuten, vor allem Stinnes, dient die Forderung nach unbezahlter Mehrarbeit, nach Beseitigung des Achtstundentages nur als Mittel, die geistige und politische Selbständigkeit der Arbeiterschaft, die ein wesentliches Produkt des Achtstundentages ist, zu bekämpfen. Wenn insbesondere gegenwärtig, wo eine schwere Wirtschaftskrise Hunderttausende von Arbeitern mit Arbeitslosigkeit bedroht, die Forderung nach Mehrarbeit auftaucht, ist der Verdacht, daß diesem Ruf politische und nicht wirtschaftliche Motive zugrunde liegen, außerordentlich naheliegend. Es erscheint uns bemerkenswert, daß auch in der Deutschen Volkspartei sich Stimmen regen, die von der richtigen Anschauung ausgehen, daß man von der Notwendigkeit der Mehrarbeit nur dann sprechen dürfe, wenn sie wirklichen Nutzen verspreche. Das aber ist nur dann der Fall, wenn alle verfügbaren Arbeitskräfte produktiv beschäftigt werden, die parasitären Existenzen verschwinden und die Nutzbarmachung jeder willigen Arbeitskraft gesichert ist. So schreibt die „Kölnische Zeitung", indem sie sich ausdrücklich gegen Stinnes wendet:

> „Solange wir nicht binnen kürzester Zeit zu einer vollkommenen Umschichtung unserer Berufs- und Arbeitsorganisation gekommen sind, ist die Forderung, daß das ganze deutsche Volk täglich zwei Stunden länger arbeiten müsse, mit Verlaub zu sagen, sinnlos. Denn mit Recht können ihr Tausende, ja Millionen von Arbeitnehmern die Frage entgegenhalten, wie und zu welchem Zweck sie länger arbeiten sollen, wenn ihre Arbeitgeber nur den einzigen und durchaus verständlichen Wunsch haben, sich möglichst vieler Arbeitskräfte zu entledigen. Gewiß muß sehr mehr gearbeitet werden als bisher, schon um die allernotwendigsten Verbrauchsgüter und den Gegenwert zu schaffen für die auf absehbare Zeit immer noch erforderliche Einfuhr, und um die Kriegsentschädigung bezahlen zu können. Aber zuvor müssen die Voraussetzungen und Unterlagen bereitgestellt werden, auf denen solche Arbeit allein nützlich wirken kann, wenn anders die geforderte Mehrleistung der einzelnen nicht in die Luft verpuffen soll."

Wir stimmen dem durchaus zu und möchten den Herren von der Deutschen Volkspartei, die in ihren Reden diesen Gesichtspunkt vollkommen außer acht lassen, sehr empfehlen, der Stimme des einflußreichen westdeutschen Industriellenorgans die notwendige Beachtung zu schenken.

Devisen-Kurse.

Berlin, 18. September.

Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

		17. September.	18. September.
Amsterdam	1 fl.	51870000,—	30309000,—
Brüssel (Antwerpen)	1 Fr.	62842500,—	4408950,—
Kristiania	1 Kr.	21147000,—	14962000,—
Kopenhagen	1 Kr.	23740500,—	16758000,—
Stockholm	1 Kr.	35112000,—	24538500,—
Helsingfors	1 finn. Mk.	3551100,—	2453850,—
Rom	1 Lire	5785500,—	4029900,—
London	1 £	598500000,—	418950000,—
Neuyork	1 Dollar	131869500,—	92169000,—
Paris	1 Frs.	7581000,—	5306700,—
Zürich	1 Frs.	23541000,—	16359000,—
Madrid	1 Pesetas	17755500,—	12359000,—
Wien	100 Kr.	187530,—	129675,—
Prag	1 Kr.	3990000,—	2793000,—
Budapest	1 Kr.	7182,—	4987,50

Vermischte Nachrichten.

Wieder ein D-Zug-Raub. Im D-Zug Berlin—München wurde ein Reisender betäubt aufgefunden. Als er wieder zum Bewußtsein gelangte, gab er an, daß er bereits in Berlin beim Besteigen des Zuges mit irgend einem Mittel betäubt worden sei. Es war ihm außer einem Lederkoffer und mehreren anderen Gegenständen ein Betrag von 800 englischen Pfunden geraubt worden.

Entarteter Sohn. Aus Berlin wird gemeldet: Der 14jährige Schüler Seidel stahl seinen Angehörigen in der Nacht 34 Millionen Mark und öffnete dann die Gashähne im Schlafzimmer und in der Küche, um seine Eltern zu vergiften. Infolge des intensiven Gasgeruchs erwachte die Mutter aber rechtzeitig und weckte ihren Mann. Der Vater brachte den entarteten Sohn, der von der Mutter auf der Straße angetroffen worden war, nach der nächsten Polizeiwache, wo der Bursche eingestand, daß er das Geld stehlen und seine Eltern umbringen wollte. Er wird auf Wunsch der Eltern einer Erziehungsanstalt zugeführt.

Geld wie Heu — Geld zur Streu. Das „Neuburger Anzeigeblatt" entnimmt dem „Donau-Anzeigeblatt" den Bericht über eine Wette, derzufolge ein Landwirt aus Kieberg bei Ammerfeld an einen Metzger eine Kalbin verkaufte mit der Auflage, daß der Käufer die Hälfte des Lebendgewichtes — das waren 3 Zentner 20 Pfund — in Papiergeldscheinen von 5 Mark aufwärts herbeizubringen habe. Die Bedingung wurde, wenn auch mit vieler Mühe, erfüllt. Den Schaden hatte der Bauer. Die drei Säcke mit Papiergeldscheinen entsprachen wohl der Hälfte des Lebendgewichtes, stellten aber nur einen Gesamtwert von 97 Millionen Mark vor, während die Kalbin einen Wert von 7—800 Millionen hatte. Noblerweise rundete der Metzger die 97 Millionen auf 100 auf und gab noch einen 20-Millionenschein extra dazu. Obwohl der wirkliche Wert damit noch lange nicht erreicht war, wollte sich auch der Bauer nicht lumpen lassen und brachte aus seinem Hofe noch einen Ziegenbock in die Wirtschaft, der geschlachtet und hergerichtet und von den anwesenden Gästen als „Wettschmaus" verzehrt wurde. Von den drei Säcken Papiergeld ließ der Bauer zwei in den Keller der Wirtschaft werfen, den dritten nahm er mit nach Hause, mit dem Bemerken, das Papiergeld als Streu für das Vieh verwenden zu wollen. — In Spielmannsberg im Innviertel hatte ein bäuerlicher Junggeselle, der gegen Banken und Sparkassen mißtrauisch geworden war, etliche Millionen Kronen im — Futter versteckt. Wie es nun gehen sollte, **wurden die Millionen mit dem Futter einem Ochsen vorgeschüttet, der auch 12 bis 15 Millionen fraß.** Der Schrecken des Bauern war nicht gering. Ein kleiner Trost war es ihm, daß der Ochse beim Wiederkäuen Scheine im Werte von 2 Millionen wieder ausspie. — So sieht es bei den armen Landwirten aus!!

Neue Schutzmaßnahmen gegen Ueberfälle in den Eisenbahnzügen. Aus Anlaß der Ermordung und Beraubung des Direktors Kreißig, der bei Groß-Beeren von seinem Mörder aus dem Eisenbahnzuge geworfen wurde, fand in der Reichsbahndirektion eine längere Besprechung statt, in der neue Schutzmaßnahmen beraten wurden. Zunächst sollen die Zugbegleitmannschaften zu verschärfter Aufmerksamkeit ermahnt und auch das reisende Publikum zu größerer Vorsicht angehalten werden. Wie das Blatt weiter hört, ist auch ein Erlaß des Reichsverkehrsministers Oeser in Vorbereitung, der die Reichsbahndirektion auf den Schutz des reisenden Publikums, besonders in den nachts verkehrenden Zügen, hinweist. Besondere Aufmerksamkeit soll Einzelreisenden zugewendet und diese Reisenden sollen insbesondere auf die Schutzvorrichtungen im Zuge, wie auf die Notbremse, hingewiesen werden.

Schweres Brandunglück auf dem Lande. Als in einer Scheune im Kreise Neu-Stettin auf dem Gute Neupalm mehrere Hofgängerinnen eben mit dem Auslegen des Getreides beschäftigt waren, während unten gedroschen wurde, entstand infolge Kurzschlusses am Motor Feuer, das in kurzer Zeit die ganze untere Scheune in Brand setzte. Ein im Obergeschoß befindliches Mädchen durchstieß das Dach und rettete sich durch einen Sprung vom Scheunendach aus. Nur noch ein Mädchen konnte dem Beispiel folgen, doch trugen beide durch den Sprung schwere Verletzungen davon. Die übrigen vier Personen wurden ein Opfer der Flammen, man fand nur noch die Knochenreste. Der Materialschaden geht in die Billionen, da nur ein ganz kleiner Teil des Getreides gerettet werden konnte.

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freistaat Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer; für Inserate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. — Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

Das Leben der Salome Zeller.

Von Ernst Zahn.

22. Fortsetzung.

Hans Jakob Pfister wagte nicht, weiter in sie zu dringen. Er kannte wenig von ihrer Geschichte, ahnte vielleicht mehr, aber er betrachtete sie, wie sie ganz gebrochen dasaß, und getraute sich nicht, ihr weiter zu raten. Wer wußte, in welcher Wirrnis sie lebte? Das Geschick mußte wohl seinen Weg gehen!

„Armes, kleines Ding," sagte er und legte eine Hand auf ihren krummen Rücken.

Da fuhr sie auf, und die blauen Augen, die noch immer jung waren, leuchteten ihn fast trotzig an. „Ich bin nicht so schlecht, wie Sie denken. Ich — ich tue nur, was ich tun kann — was mir das Beste scheint, damit niemand meinetwegen leide."

Er ließ das das Ende ihrer Beratung sein.

„Sie müssen es am besten wissen", sagte er, und während des ganzen Nachmittags, den sie im Hause zubrachte, bewies er ihr seine ruhige, schlichte, väterliche Güte.

Sie fand einen Teil ihrer Tatkraft wieder und ließ sich von Heini am Abend nach dem Bahnhof begleiten. Auf diesem Wege sagte sie ihm, daß sie mit Hilfe seines Pflegevaters sich um eine Lehrstelle für ihn umsehen wolle und daß er ihre Eltern kennen lernen sollte, wenn er in St. Felix sei. Dann hastig und wie so nebenbei ließ sie ihn wissen, was sie vor ihren Eltern heimlich halten müsse.

Er sah sie mit kühlen Augen an, sprach kein Wort, sondern ging dann nur mit gesenktem Kopfe neben ihr her.

„Hast du gehört, Heini?" fragte sie erregt.

„Ja, ja", gab er zurück.

„Nun, und?" fragte sie wieder.

„Ich werde alles so sagen, wie du es mich lehrst," sagte er.

Aber sie sah, daß er Gedanken hatte, an denen sie keinen Teil besaß. Und solange er an diesem Abend noch bei ihr war, fühlte sie, wie er sie heimlich beobachtete, und hatte Angst vor ihm, als ob er schon erwachsen wäre. Sie ahnte, daß er von ihrem Schicksal mehr verstand, als seinen Jahren zuzutrauen war.

Nachdem sie sich getrennt hatten, wich die Angst einem Gefühl fürchterlicher Schmach. Zum Lügen hielt sie das Kind an! Wo sollte das alles noch hinführen? Was mußte der Knabe von ihr denken? Mußte nicht seine Liebe nachlassen, wenn er nicht mehr die rechte Achtung für sie haben konnte?

Salome Zeller litt schwerer und schwerer. Kaum, daß je mehr der Lichtstrahl einer süßen Erinnerung oder einer kleinen Freude der Gegenwart in das tiefe Dunkel ihrer Tage fiel.

In diesen Tagen sprach einmal ihr kleiner Vater das halb wehmütige, halb scherzhafte Wort zu ihr: „Du bist schon ein ganz altes Weiblein, Sali."

Sie hörte wohl das nie ausgesprochene Bedauern daraus, daß sie so lange allein geblieben war. Und sie brauchte nur in den Spiegel zu sehen, um zu wissen, daß sie alt wurde. Manchmal stand schon ein grauer Faden in ihrem braunen, vollen Haar. Und je trüber ihr Gemüt war, um so deutlicher wurden die Falten in ihrem scheinbar noch glatten Gesicht, als ob die Angst und die Qual mit Messern Stirn und Schläfen ritzten. Sie ging häufig in die Andachten der Glaubensbrüder in dieser Zeit. Vater und Mutter freuten sich, wenn sie ging. Sie hatten es immer ein wenig beklagt, daß ihr Sinn freier war. Die schlichten, mittelmäßig begabten, demütigen Menschen in der Stunde taten Salome wieder wohl. Sie nahmen ihr ganzes Leben, als von Gott kommend und zu Gott gehend, geduldig und willfährig und ein wenig tatlos hin. Weil sie selbst sich so ganz in die Barmherzigkeit Gottes gaben, waren auch sie barmherzig gegen alle Armen und Bedrängten. Ihr Mitleid und ihre Güte lagen in der sanften Freundlichkeit ihres Wesens ausgeprägt, sie äußerten sich in den Predigten ihrer geistlichen Vorsteher und sie lagen selbst in ihrer Kirchenmusik, ihrem weichen, maßvollen Gesang. Wenn Salome in der schwach beleuchteten Kirche unter den schwarzgekleideten Frauen saß, die kleine Orgel mehr lieblich als machtvoll klang, und die Gemeinde ohne Leidenschaft und wie aus lieber Gewohnheit Gott diente, war es ihr, wie wenn jemand zu ihr spräche: „Du bist nicht so schlecht, Sali! Wir verstehen dich! Du tust uns leid, und wir nehmen dich auf bei uns, wie wir noch keinen Sünder verstoßen haben."

Hier erwachte auch in Salome am meisten das Verlangen, alle Last von sich zu wälzen und irgend jemand alles, was sie zu verbergen hatte, zu gestehen. Allein immer waren Scham und Verschlossenheit stärker als dieses Verlangen. Und sie schwieg und — schwieg.

XIII.

Nun war auch das wieder vorüber.

Heini war mit Salome bei ihren Eltern gewesen. Zwei Stunden hatte er in der Stube zugebracht. Und alles war gut gegangen, kein Verdacht entstanden; denn was der Knabe gefragt worden war, das hatte er beantwortet, ohne Salome irgendwie bloßzustellen. Seine verschlossene und abweisende Art hatte ohnehin allzu vielen Fragen gewehrt. Auch eine Lehrstelle bei einem Buchbinder hatte Heini nun inne und bekam nebenher Zeichenunterricht. Die Pfisters zahlten aus eigener Tasche das Lehrgeld. Der junge Mensch zeigte sich brauchbar und anstellig. Er lebte zurückgezogen, und im Zeichnen machte er wirkliche Fortschritte. Freilich, was dieses sein Talent und Steckenpferd betraf, war er manchmal etwas anspruchsvoll, brauchte allerlei teures Material, das Salome ihm kaufen mußte. Auch sein sonstiger Unterhalt kostete mehr als früher. So hatte Salome manchmal Sorge, wie sie alles bestritte, obwohl ihr eigenes Einkommen sich von Jahr zu Jahr hob.

Dennoch waren wieder friedliche Jahre. Manchmal schlief die Sorge wieder ein, und manchmal blühte eine spärliche Freude.

Der alte Herr Hirzel starb in diesen Jahren, und sein Sohn wurde Alleininhaber des Geschäfts. Er hatte keine Kinder und war ein einsamer Mann. Je älter er wurde, desto mehr streifte er die Manieren des Weltmannes ab und nahm mehr das freie, etwas derbe Wesen des Vaters an, dem er ohnehin in vielen Dingen ähnlich war. Seine zimperliche Frau ertrug dieses Wesen nicht; auch seine Mutter konnte es nicht leiden. So war die Kluft zwischen den beiden Frauen und ihm mit der Zeit weiter geworden; sie und er gingen ihre besonderen Wege. Salome wußte darum, und es war für sie ein Grund mehr, zu schweigen. Wenn die Frauen jetzt etwas zu Heinrich Hirzels Nachteil erfuhren, so müßten sie ihm doppelt gram werden. Noch immer aber war dieser gut zu ihr, wenn sie sich begegneten; noch immer lag etwas in seinen Augen, als spräche er gern einmal mit ihr sich aus von dem Schönen, das gewesen, und Ueblem, das war.

In der Bank ging alles seinen gewohnten Gang. Johann Paul Brändli war jetzt der dienstälteste Beamte dort und stand unter den angesehensten voran. Zu diesen gehörte aber auch Salome Zeller, und ihr Eifer, ihre Freude an ihrer Pflicht erlahmten nie. Johann Paul Brändli war ein treuer, schweigsamer Freund. Manchmal besuchten sie sich gegenseitig, Brändli und seine Mutter die Zellers oder umgekehrt; manchmal taten sie auch wie früher einen Gang zusammen. Was sie da sprachen, waren Dinge, die mit ihrer Arbeit oder mit kleinen Lebensbetrachtungen zu tun hatten; nie aber zeigten die Brändlis, so nahe sie gelegen hätte, Neugier nach den Ursachen, die Salome bestimmt haben mochten, allein zu bleiben. Eine leise Verwunderung, zuweilen fast ein mitleidvolles Verständnis glaubte Salome hier und da in Johann Paul Brändlis Augen zu lesen, wie wenn er sagen wollte: Auf dir, Salome Zeller, lastet etwas. Du täuschest mich nicht. Und ich möchte wohl wissen, was in deine Seele eine so tiefe Kerbe geschnitten hat.

Während Jahr um Jahr sich erfüllte, erfuhr Salome die Ueberraschung, daß Heini ohne ihre Hilfe bei ihren Eltern zeitweiliger Gast wurde. Es fing damit an, daß die Mutter ihr eines Tages, als sie vom Geschäft nach Hause kam, erzählte, der Jüngling sei dagewesen, und er habe nur wieder einmal guten Tag sagen wollen. Seine Besuche wiederholten sich, doch kamen die alten Zellers und er sich nicht so recht nahe. Jene wunderten sich über Heinis unzugängliche Art. Er kam oft, grüßte, verweilte eine Viertelstunde, wortkarg, nur antwortend, wenn er gefragt wurde und entfernte sich wieder, ohne daß ersichtlich gewesen, warum er überhaupt gekommen war.

(Fortsetzung folgt.)

Amtlicher Teil

Das Gesetz- und Verordnungsblatt

der freien und Hansestadt Lübeck Nr. 67 vom 18. September 1923 enthält: (6610

„Dreizehnter Nachtrag zum Tarif für die Schlepplöhne vom 3. Februar 1923, die bei Benutzung der vom Staate Lübeck betriebenen oder zugelassenen Schleppdampfer auf dem Elbe-Trave-Kanal zu entrichten sind. S. 317. — Bekanntmachung, betreffend Erhöhung des Lotsengeldes. S. 318. — Bekanntmachung, betreffend den Geltungsbereich der Bestimmungen des § 16, Ziffer 4 des Straßenbaugesetzes für die innere Stadt und die Vorstädte vom 19. Februar 1919 und des § 114a der Straßenpolizeiordnung für die Stadt Lübeck und den inneren Wegebezirk der Vorstädte vom 11. Februar 1880. S. 319. — Festsetzung des Wertes der Sachbezüge. S. 320.

Gebührenordnung des Polizeiamtes.

Auf Grund der Bekanntmachung des Senats, betreffend die Festsetzung der Gebühren und Abgaben durch die Behörden, vom 15. November 1922 hat das Polizeiamt im Einvernehmen mit der Finanzbehörde beschlossen, die durch seine Gebührenordnung vom 3. August 1923 festgesetzten Gebühren auf das 50fache zu erhöhen. 6617

Lübeck, den 18. Sept. 23. **Das Polizeiamt.**

Höchstpreis

für Vollmilch
ab 19. September 1923
M. 4 000 000.— je Liter.
Lübeck, d. 18. Sept. 1923.
Das Landesversorgungsamt.
6620)

Nichtamtlicher Teil

Freundlich möbliertes Zimmer gesucht. Ang. u. C 279 a. d. Exp. (6605

2 steinerne Schweinetröge zu verkaufen. (6614 Schönböckener Str. 18.

Federwagen, Sielengeschirr zu verk. (6615 Schönböckener Str. 18.

Prima Zertel.
Schultz,
6616) Arnimstraße 7.

Ein Zugänger
z. verkaufen oder gegen Korn zu tauschen.
Schädel, Schönböcken.
Von 6—7 Uhr. (6525

Zu tauschen ich 2-Z.-Wohn. geg. gr. 2- od. 3-Z.-Wohn. Ang. u. C 280 a. d. Exp. d. Bl. (6609

Eis. Küchenherd
zu kauf. ges. Gefl. Ang. m. Preis u. C 281 a. d. Exp. d. Bl. (6611

Anzeigen,
die in der an dem betr. Tage erscheinenden Nummer des „Lübecker Volksboten" veröffentlicht werden sollen, müssen **bis 10 Uhr vormittags** in unserer Geschäftsstelle aufgeliefert sein; größere Anzeigen erbitten wir tags vorher.
Die Geschäftsstelle des Lübecker Volksboten.
Johannisstr. 46.

Steppdecken
Anfertigung u. Neubeziehen. Spethmann
Breitestr. 31. Fernsp. 8659
(6559)

Alle
Arbeiter
kaufen gern und gut ihre Arbeitskleidung bei (6418
Otto Albers
Markt 4 Markt 4 Fischm. 10

Lotterie.
Rückständige Erneuerungslose 3. Klasse sind **sofort** einzulösen, da heute Ziehung. (6628
Kersten,
Hüxstraße 8.

Ankauf v. Gold- und Silber-Bruch, Gebisse, einz. Zähne.
Willi Westfehling (6510
32 Holstenstr. 32

J. H. Pein
Lübeck
Markt 10/12
Breite Straße 64/68.
Das bekannte Kaufhaus für (6422
Arbeiter-Garderoben,
Berufskleidung,
Herren-Konfektion,
Knaben-Konfektion.
Erstkl. Manufakturwaren.

Eimerbier
Dienstag von 3—6 Uhr.
6585) **H. Bade.**

Seifenfabrikate
mit der Marke

sind Erzeugnisse genossenschaftl. Eigenproduktion

Das selbsttätige Sauerstoffwaschmittel
GEG-Famos
GEG-Seifenpulver **GEG-Schmierseifen**
GEG-Kernseife **GEG-Feinseifen**
GEG-Bleichsoda **GEG-Rasierseifen**
sind allen Konkurrenzfabrikaten gewachsen
Verlangt nur Marke GEG

Zu haben in den Warenabgabestellen des
Konsumvereins
für Lübeck und Umgegend. 4370

Lübecker Genossenschafts-Bäckerei
e. G. m. b. H.

Die letzte Generalversammlung beschloß, die Anteile auf 100 000.— M. zu erhöhen. Jedes Mitglied kann bis 5 Anteile erwerben. (6622

Anteile, die bis 30. September voll eingezahlt, sind ab 1. Oktober dividendenberechtigt.

Zur Bequemlichkeit der Mitglieder wird der Vorstand am Donnerstag, d. 20. und Freitag, d. 21. ds. Mts., abends v. 6 bis 8 Uhr im Bureau der Krankenkasse gewerbl. Arbeiter, Johannisstr. 46, anwesend sein, um Einzahlungen entgegenzunehmen.

Der Vorstand.

Maulwurf-, Reh-, (6596
sowie alle and. Sorten
Felle
kaufen höchstzahlend
Gebr. Wagner,
Tel. 3414
Dankwartsgrube 26,
Holstenstr. 8.

BREMEN

AMERIKA
OSTASIEN
AUSTRALIEN
Regelmäßiger Personen- und Frachtverkehr mit eigenen Dampfern. Anerkannt vorzügliche Unterbringung u. Verpflegung f. Reisende aller Klassen
Reisegepäck-Versicherung
Nähere Auskunft durch
NORDDEUTSCHER LLOYD
BREMEN
und seine Vertretungen
in Lübeck: **C. F. Schütt & Co.,** Untertrave 12/13. (6597
Verein zur Hebung des Fremdenverkehrs, e.V. Fahrkartenausgabestelle u. Reisebureau des Norddeutschen Lloyd, Mengstr. 4 Buddenbrookhaus.
in Hamburg: **Norddeutscher Lloyd Generalvertretung: Wilhelm Lazarus,** Bergstraße 11, (Haus Commeter).

Allgem. Ortskrankenkasse für das Fürstentum Lübeck

In Anbetracht der Finanzlage hat der Kassenausschuß in seiner Sitzung vom 15. September 1923 beschlossen in Abänderung des § 28a der Satzungen **ab 17. September 1923** die Familienhilfe dahin zu beschränken, daß die durch ärztliche Behandlung und durch Versorgung mit Arzneien entstehenden Kosten nur zu ¾ auf die Kasse übernommen werden. Der Rest ist von den Mitgliedern selbst zu tragen.

Eutin, den 17. September 1923.
6613) **Der Vorstand.** H. Steenbock.

Alt-Eisen, alte Maschinen Dampfkess. j. Art Huf- u. Schmiedeeisen, Späne-, Schmelz-Gußbruch.
Alt-Metalle, Kupfer, Messing, Zink Blei, Staniol, Späne
L. Lissianski, Kanalstr. 21 Obertrave 19. Großhandel. Fernspr. 876. Großhandel.
Felle, Tierhaare, Papier usw. kaufe laufend ab jed. Ort jeden Posten. — Beste Absatzquelle für Händler, Klempner, Schmiede.
Fabrikationsbetriebe.
0878

Visitenkarten
werden in modernster Ausführung angefertigt bei
Fr. Meyer & Co., Johannisstr. 46

Sie finden
bei (6419
Walter Griephan & Co.
Hüxstr. 74
enorm billig:
Bettbezugstoffe, Inletts, Hemdentuche, Schürzenstoffe, Kleiderstoffe, Wäsche, Schürzen, Unterzeuge etc.

Vereins- u. Vergnügungs-Anzeigen

Konsumverein für Lübeck u. Umgeg.
e. G. m. b. H.

Bezirksversammlung
für die Mitglieder der **Warenabgabestellen 2, Warendorpstr., 14, Drögestr., 34, Steinraderweg und 40, Waisenhofstr.**
am Mittwoch, d. 19. September
abends 7½ Uhr
im Konzerthaus Lübeck,
Fackenburger Allee.
Sehr wichtige Tagesordnung.
Referenten: Geschäftsführer **John** und Sekretär **Göhr.**

Wir bitten unsere werten Mitglieder dringend recht zahlreich zu erscheinen und ihre Frauen, soweit sie nicht selbst Mitglied sind, zu dieser Versammlung mitzubringen. (6619

Der Vorstand.

Kolosseum
Heute 7 Uhr:
10. Bunter Abend
Jubiläums-Veranstaltung
unter Mitwirkung
hervorragender Kunstkräfte.
Konzert- und Ballmusik,
ausgeführt von
ROBERT SULANKE
mit seinem flotten, temperamentvollen Orchester. 6608

Kolosseum
Morgen Mittwoch
Gross. Ball
Kassenöffnung 6½ Uhr. (6607
Joh. und R. Mittag.

Deutscher Baugewerksbund
(6603
Achtung!
Glaser!
Wichtige Versammlung
heute
am Dienstag, 18. Sept. abends 7½ Uhr, bei **Lender,** Hundestr. 41.
Der Vorstand.

Deutscher Baugewerksbund.
(6606
Mitglieder-Versammlung
am Mittwoch, 19. Sept. abends 7½ Uhr
im Gewerkschaftshaus.
Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.
Der Vorstand.

Deutscher Verkehrsbund
Ortsverwaltung Lübeck.
6618
Versammlung
der
Lastadiearbeiter
am Mittwoch, 19. Sept. nachmittags 5½ Uhr
im Gewerkschaftshaus.
Tagesordnung:
Bericht der Lohnkommission
Die Ortsverwaltung.

Achtung!
Zimmerer
Schwartau-Rensefeld.
(6601
Versammlung
am Mittwoch, 19. Sept. abends 7½ Uhr präzise
im Lokale Transvaal.
Der Obmann.

Luisenlust
Morgen Mittwoch **kein Tanz.**
Freitag: Tanz 6624

Fledermaus
8 Uhr.
6598)

Trocadero.
Schüsselbud. 4. F. 787
Täglich ab 5 Uhr nachmittags:
Stimmungs-Konzerte. 6561

Hansa-Theater.
Täglich 7½ Uhr abends
Der durchschlagende Erfolg
Der Leibkutscher des Fridericus Rex. 6612

Volksbühne
zu Lübeck e. V.
Der Beitrag für die Vorstellungen am 22. u. 24. September beträgt 3,5 Millionen. (6604

Mitglieder, die der Erhöhung wegen ihre Jahreskarten abgeben wollen, werden gebeten, dieselben bis einschl. den 18. Septbr. im Sekretariat, Johannisstr. 48, abzugeben.

Achtung! Die Ausgabe der Jahreskarten für die **Sonntagsnachm.-Vorstellungen** erfolgt ab Mittwoch, den 19. ds., nachm. von 4 Uhr ab, im Zimmer 2 des Gewerkschaftshauses, Johannisstraße. Gebühr für Mitglieder 100 000 M., für Neuaufnahm. 500 000 M.

Stadttheater Lübeck.
Mittwoch, 7,30 Uhr:
Zar u. Zimmermann.
Donnerstag, 7,30 Uhr:
Onkel Wanja.
Freitag, 7,30 Uhr:
Rheingold.

Einlösung der Abonnementskarten für die 2. Rate vom 17. bis 25. September. Näheres siehe Theaterzettel, Spielplan und Theaterkasse. (6603

Leser des Lübecker Volksboten!

Beruft Euch
bei Euren Einkäufen auf die Inserate des Volksboten!

Berücksichtigt
bei allen Geldausgaben die Inserenten Eures Blattes in erster Linie!

Werbt
ununterbrochen **neue** Abonnenten!

Unterstützt
Euer Blatt bei **allen** Gelegenheiten!

Lübecker Volksbote

1. Beilage. Dienstag, 18. September 1923. Nummer 218.

Freistaat Lübeck.

Dienstag, 18. September.

Hungertod.

Den Schädel mit Dukatengold beschlagen,
So geht er abends durch die dunkle Stadt,
Und wo er Runen eingeschnitten hat,
Wird dritten Tags ein Leichnam fortgetragen.

Schwarz bauscht sein Mantel in der Nächte Wind,
Und stumm und ernst durchmustert er die Gassen,
Darin die grollenden, verfluchten Massen
Zermürbter Menschen eingekerkert sind.

Und hebt die Kralle, lauert, steht, und ritzt
Die Namen derer ein, die ihm verfallen.
Und hört er irgendwo ein Kinderlallen,
Dann grinst er breit: Ma-ri-en? — — Und er schnitzt.

Nacht ein, Nacht aus: Verzweiflung und Geschrei,
Hineingewühlt in tränennasse Kissen,
Doch unerbittlich in den Finsternissen
Geht schnitzend der Allmächtige vorbei.

Not bricht Eisen!

Unser Wirtschaftsleben steht vor einem Zusammenbruch von ungeahnter Größe. Es muß daher noch einmal alle Kraft zusammengefaßt werden, um die ungeheuren Schwierigkeiten zu überwinden. Der einzelne ist nichts in diesem Endkampfe, daher heißt es, durch Zusammenschluß die Einzelkraft zu stärken. Wertvolle Kampfmittel sind die Gewerkschaften, die Presse und die Genossenschaften. Diese Einrichtungen gilt es zu fördern und mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu unterstützen.

Die Gewerkschaften sind die Berufsorganisationen, die das große Gebiet der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu bearbeiten haben. Wer kann sich heute noch einen Einzelvertrag denken! — Der Konsumverein ist die wichtigste Einrichtung für die Lebensmittelversorgung unserer Stadt geworden.

Die Tätigkeit genossenschaftlicher Selbsthilfe ist in unserem Bezirk ganz gewaltig. Das gewahrt man am besten, wenn morgens Wagen auf Wagen und Kraftautos die Zentrale in der Hansastraße verlassen. Hochbeladen mit den wichtigsten Lebensmitteln durchfahren sie Stadt und Landgebiet, bringen Waren nach den Abgabestellen in der Provinz Lübeck, Schleswig-Holstein, Lauenburg, Mecklenburg. Ueber 60 Abgabestellen werden von der Zentrale aus versorgt. Bei dieser gewaltigen Betriebsausdehnung sind ungeheure Mittel erforderlich, um den täglich sich erschwerenden Einkauf vornehmen zu können. Deshalb ist die Mahnung der Verwaltung, die Betriebsmittel zu verstärken, wohl zu verstehen. Das liegt auch im Interesse der Mitglieder. Ein Ausschalten des preisregulierenden Konsumvereins würde die Bevölkerung dem Privathandel völlig ausliefern, würde viel hemmungslosere Preiswirkungen nach sich ziehen. Es muß alle Kraft aufgeboten werden, damit die Warenversorgung nicht gefährdet wird.

Auch die übrigen Arbeitsgenossenschaften, die **Genossenschaftsbäckerei, die Gemeinnützige Arbeitsgenossenschaft, die Notgemeinschaft für Bestattungen** sind eifrig tätig, um den Mitgliedern durch Selbsthilfe das Los erträglicher zu gestalten. Ihnen allen muß die Existenzmöglichkeit durch aufopfernde Tätigkeit erhalten bleiben. Vielgestaltig sind die Ansprüche an den einzelnen. Vielgestaltig ist aber auch das Leben. Nur Zusammenklang und einheitliches Streben schützt vor rettungslosem Versinken.

Partei und Presse sind die politischen Träger der lohnarbeitenden Bevölkerung, sie kitten Widerstreitendes zusammen und vertreten nach außen unerschrocken die Interessen des durch brutale Mächte gehetzten Volkes. Vergeßt das nicht. Bleibt trotz allen Ungemachs dem Selbstgeschaffenen, dem eigenen Besten dienenden Werke treu!

„Vereinigung Republik". Die Vereinigung Republik hatte zum Sonntag morgen ihre Mitglieder zu einem Ausflug nach der Palinger Heide eingeladen. Diesem Ruf waren viele gefolgt. Nach kurzer Rast auf der immer noch schön blühenden Heide wurde der Rückmarsch mit Gesang über Weslae angetreten. Bei Arnimsruh erwartete die Ausflügler eine kleine Musikkapelle. Zum ersten Male wurde das von einem Genossen gestiftete schöne schwarz-rot-goldene Banner der Oeffentlichkeit gezeigt. In geschlossenem Zuge ging es nun durch die Stadt nach dem Gewerkschaftshaus, wo sich der imposante Zug auflöste. Der Vorsitzende der V. R., Genosse O. Passarge, brachte ein Hoch auf die deutsche Republik aus, in das die über 1000 Versammelten kräftig einstimmten. Alle Teilnehmer gingen hochbefriedigt nach Hause mit dem Wunsch im Herzen, recht bald wieder einen derartigen Ausflug machen zu können. Diesem Wunsch wird der Vorstand Rechnung tragen. Den Mitgliedern der V. R. und eventl. ängstlichen Gemütern noch zur Nachricht, daß bei dem nächsten Ausflug die **„dicke Bertha"** mitgeführt werden soll. H. W.

In der Zentrale für private Fürsorge beschäftigt sich ein Interessentenkreis mit der Bekämpfung der Not der Kleinrentner. Man will Wärmestuben einrichten, in denen eine große Anzahl von Leuten, denen Feuerungsmaterial fehlt, sich jeden Tag von früh an zusammenfinden können und wo sie zu den verschiedenen Tageszeiten einen gedeckten Tisch finden können. Dazu soll den Frauen durch die Handarbeitsabteilung der Zentrale Gelegenheit gegeben werden, in den Stunden ihres Aufenthalts in den Wärmestuben sich lohnenden Verdienst zu schaffen. Die Zentrale ist bereit, sowohl in ihrem eigenen Hause, Johannisstr. 49, sowie, wenn sich die Notwendigkeit zeigt, auch in ihrem Mittagstisch, Fischstraße 17, derartige Wärmestuben einzurichten. Daneben ist natürlich auch an Räume in den verschiedenen Vorstädten gedacht, sie fest zu bestimmen ist aber im Augenblick noch nicht möglich. Zugleich wird die Bitte ausgesprochen, mit Geld und Waren die Sache zu unterstützen. — Daß sich die Zentrale nach dem uns eingesandten Artikel nur um die Kleinrentner kümmern will, berührt eigenartig. Es gibt auch noch andere Leute, die keine Feuerung und keinen „gedeckten Tisch" haben.

Ein Dachstuhlbrand ist am Montag abend gegen 6 Uhr im Hause Allstraße 19 (Tischlerei und Möbelfabrik Brand) ausgebrochen. Verbrannt ist dabei auf dem Boden hängende Wäsche und kleinere Gegenstände. Die Dachkonstruktion wurde angekohlt. Die Feuerwehr war sofort zur Stelle und gab aus zwei Rohren Wasser, so daß das Feuer, dessen Ursache noch unbekannt ist, bald gelöscht war. Bei diesem Brande wurde die neue große Leiter zum erstenmal mit Erfolg verwandt.

Alte Tausendmarkscheine werden in letzter Zeit ganz öffentlich mit einem hohen Aufgeld gehandelt und eine Million und mehr Mark dafür bezahlt. Ist es Sammelwut, was die Aufkäufer treibt, solche Summen auszugeben? Beileibe nicht. Ganz gemeiner Vaterlandsverrat ist es, was die Aufkäufer und ihre Hintermänner mit diesen Scheinen treiben. Während des Krieges wurde das damals noch gute Papiergeld von unseren Kriegern hauptsächlich in Belgien und Frankreich in Zahlung gegeben. Nun, nach dem verlorenen Kriege wird dieses in den feindlichen Ländern befindliche deutsche Papiergeld gesammelt, unserer Regierung präsentiert und muß in blanken Goldstücken eingelöst werden. Die Aufkäufer und ihre Hintermänner sorgen dafür, da das deutsche Papiergeld in Belgien und Frankreich nicht alle wird, um sich so den Judaslohn zu verdienen.

Septemberfahrplan des Norddeutschen Lloyd. Nach Neuyork: „Derfflinger" 20. Sept., „George Washington" 21 Sept., „York" 22. Sept., „American" 26. Sept., „München" 29. Sept. Nach Philadelphia-Baltimore: „Porta" 27. Sept., „Eisenach" 15. Oktober. Nach Havanna-Galveston: „Wera" 19. Sept., „Hannover" 11. November. Nach Mexiko: „Nordschleswig" 25. Sept., „Nordfriesland" 25. Oktober. Nach Südamerika: „Gotha" 22. Sept., „Köln" 13. Oktober, „Minden" 13. Oktober, „Crefeld" 3. Novbr. Nach Ostasien: „Holstein" 22. Sept., „Schlesien 20. Oktober. Nach Australien: „Elberfeld" 8. Sept. Nach Afrika: „Tanganjika" 18. Sept., „Usaramo" 2. Oktober, „Adolph Woermann" 16. Oktbr. Nach Südamerika-Westküste: Alle 14 Tage. Nach Westküste Zentralamerika: Alle 14 Tage.

Lübecker Teuerungsziffern.

Den Berechnungen des Statistischen Landesamtes liegt die vom Reich nach Art und Menge einheitlich festgesetzte Normalration von Lebensbedürfnissen für den vierwöchigen Bedarf einer fünfköpfigen Familie zugrunde. Die Teuerungszahl selber stellt die Geldmenge dar, die zur Beschaffung dieser Lebensbedürfnisse erforderlich ist. Die Indexziffer dagegen gibt den Grad der Teuerung an, d. h. um wieviel zurzeit der Kostenbetrag für die vorgenannte Normalration höher ist als im Durchschnitt der Jahre 1913/14.

Die auf Grund der Preisermittelung vom 17. September 1923 berechneten Teuerungsziffern stellen sich folgendermaßen:

	Teuerungszahl Mark	Indexziffer (1913/14=1)
Ernährung	1 072 236 141	19 559 215
Heizung	64 800 000	11 592 129
Beleuchtung	29 250 000	13 862 559
Wohnung	3 054 245	169 680
Bekleidung	420 000 000	31 602 709
Lebenshaltungskosten ohne Bekleidung	1 169 340 586	14 522 359
mit „	1 589 340 386	16 942 121

Die Steigerung gegenüber der Vorwoche beträgt für die gesamten Lebenshaltungskosten in Lübeck 200 Prozent und die für ohne Bekleidung 209 Prozent.

Mietewucher.

Es ist zu verstehen, wenn in der heutigen Zeit ein Zimmervermieter eine der Geldentwertung einigermaßen entsprechende Vergütung für die Hergabe seiner Räume verlangt, weil damit meistens eine Einschränkung seiner eigenen Behaglichkeit einherläuft und die Abnutzung der Möbel, Wäsche, sowie Bedienung nicht mit dem Wert von einem Viertelpfund Wurst aufgewogen wird. Aber alles hat seine Grenzen, weil die meisten Aftermieter selbst mit ihrem Einkommen in der Klemme sitzen. Wie wenig Rücksicht auf die tatsächlichen Verhältnisse genommen wird, zeigt folgendes Angebot:

Könnte zu sofort eine möbl. 2-Zimmer-Wohnung (Wohn- und Schlafzimmer) zur Verfügung stellen.

Bei Uebernahme von zahlbar 4 Pfund Butter per Woche würde ich dieselben nach Aussprache und Ueberlegung abgeben.

Bei eventl. Besichtigung erbitte ich mir den Sonntag bis 5 Uhr. Anschluß für Gas mit für sich laufender Gasuhr.

Hochachtungsvoll
Fr. Schwohn, Fackenburger Allee 65 a.

Die Offerte der Frau ist treu. Nur 4 Pfund Butter fordert sie pro Woche, nach dem heutigen Preis 140 Millionen Mark, im Monat also 600 Millionen. Die Dame scheint besseren Appetit zu haben als der Wohnungsuchende, dem er sicher bei diesem Angebot vergangen ist. Denn er muß schon gut gestellt sein, wenn ihm außer der Zimmermiete noch ein Pfennig zum Lebensunterhalt übrig bleibt. Bei rechtem Betrachten der Offerte stockt einem so recht der Atem über die Ungeniertheit braver Mitmenschen. Vielleicht nimmt sich eine andere Stelle diese Art Abvermietung einmal zur Notiz, denn alles hat seine Grenzen.

Die Buddenbrooks im Film.

Vom Freitag dieser Woche bis Donnerstag, dem 27. September, wird die Verfilmung des berühmten Romans von Thomas Mann, der den Ruf unserer Stadt als der Schönsten eine im In- und Auslande bekannt gemacht hat, nun auch am Orte seiner Handlung, in den Stadthallen-Lichtspielen, über die Leinwand rollen. Wir haben an dieser Stelle schon einmal über das Aufsehen berichtet, das der Film bei der Eröffnungsaufführung in Berlin erregt hat. Es ist auch darauf hingewiesen worden, daß die Handlung des Romans arg vergewaltigt und statt ein Jahrhundert der Familie nur eine Generation, vor allem das Leben Thomas Buddenbrooks, seine Verheiratung und Ehe mit Gerda Arnoldsen und das Drohnendasein Christian Buddenbrooks in den Rahmen des Films gespannt wurden.

Am Sonntag fand für die Mitglieder des Senates, der Bürgerschaft, des Bilderbühnen-Ausschusses und der Lichtspielgemeinde eine Sondervorstellung statt. Als Einleitung wurde der von dem gleichen Photographen geschaffene Naturfilm der Denlig-Gesellschaft über Lübeck gezeigt, der zu unser aller Bedauern im Beleuchtungseffekt reichlich dunkel geraten ist. Die Handlung des sechsaktigen Buddenbrookfilms beginnt mit der Auftragserteilung einer Getreidelieferung für den Senat an den noch jungen, von Peter Esser dargestellten, Erben der Firma Buddenbrook. Um das nötige Kapital für den Getreidekauf zusammen zu bringen, heiratet Thomas nach dem Rat der Verwandten die von Mady Christians ganz hervorragend wiedergegebene — Gerda, Schiffsreeders Arnoldsens Tochter, die auch ganz gegen ihren Willen Frau Buddenbrook wird. Der Violinvirtuose Throta (Kurt Vespermann) wäre ihr viel lieber gewesen. Die Kaufmannstradition ist stärker als sie. Aus einem Geldschrank wandert die Mitgift in den andern Geldschrank. So ist die Ehe geschlossen. Thomas stürzt sich in die Arbeit und sucht das erheiratete Vermögen zu vermehren. Selbst die Geburt des Stammhalters vermag nicht, den Fleißigen vom Kalkulieren abzuhalten. Alles scheint gut zu gehen. Die Firma feiert das hundertjährige Bestehen. Thomas wird in den Senat gewählt. Genau so wie im Audienzsaale des Lübecker Rathauses die Vereidigung eines neuen Senatsmitgliedes vor sich geht, erleben die Zuschauer die Zeremonie des feierlichen Aktes mit. Sie sehen eine Senatssitzung in der Kriegsstube von der Vogelperspektive aus. Sogar die Adlerwappen auf den Sesseln der Kriegsstube sind wahrzunehmen. Da bringt Thomas Buddenbrook — im Vollgefühl des Glückes — ein Kabeltelegramm aus Buenos Aires niederschmetternde Kunde. Sein Bruder Christian, der Lebemann — den Alfred Abel in Spiel und Maske echt und ergreifend, höchste Kunst einsetzend, spielt — hat den Auftrag des Bruders, das Geld für das Getreide nach Argentinien zu überweisen, über seinen Weibergeschichten vergessen. Der Kapitän muß von dem argentinischen Hafen ohne Getreide absegeln, weil der Exporteur es anderweitig verkaufte. Und Thomas muß den dreifachen Betrag, laut Vertrag, als Konventionalstrafe an den Senat zahlen. Daneben wird der Windbeutel von Schwager, Bendix Grünlich in Hamburg bankrott, den Thomas Schwester Toni auch wieder Willen einst heiraten mußte. Um den Namen nicht zu schmähen, gibt Thomas das Letzte hin, auch noch den Geschäftsanteil Christians, als die Tänzerin Aline Puvogel (Charlotte Böcklin), angetraute Frau des Christian Buddenbrook, darauf besteht. Und nun ist Thomas selbst am Ende. Seine Frau hat ihn sogar verlassen, bei deren Vater er um Hilfe fleht. Dort erst im Augenblick der tiefsten Not finden sich die zwei Seelen, und — Arnoldsen zahlt. Soviel über den Inhalt.

Die Aufmachung ist glänzend, die Bilder vorzüglich. Die Rathaus-Aufnahmen und Lübecks alte Patrizierhäuser gehen mit dem Film in alle Welt. Nur mit dem Roman von Thomas Mann hat dieser Film nicht mehr viel gemein. Von dessen Reiz ist wenig übrig geblieben. Man hätte zum mindesten die Biedermeierzeit hineinarbeiten sollen. Die ist aber nur auf Konsul Leberecht Kröger beschränkt worden. Eine ausgezeichnete Type des alten Kaufmannskontors lieferte noch Karl Platen als Prokurist Markus. Gerhardt Lamprecht hat als Regisseur ein gutes Stück Arbeit geleistet. Ihm und seinen Mitarbeitern gebührt Dank, daß er bemüht gewesen ist, ein Stück Lübecker Kultur plastisch und bildhaft darzustellen. Lamprecht verstand es, dem Film Ton und Stimmung seiner künstlerisch durchspürenden Persönlichkeit zu geben. Jedenfalls hat er viel guten Willen aufgewandt. Der Film wird seinen Weg machen. Sein Besuch ist zu empfehlen, weil er auf hohem Niveau steht. wb.

Bedeutende Erhöhung der Wohnungsbauabgabe.

Nachdem das Reichsgesetz über die Erhebung einer Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues eine zweite Abänderung erfahren hat, hat die Finanzbehörde den Entwurf zu einem neuen Gesetz über die Erhebung eines Zuschlages zur Grundsteuer zur Förderung zu einem neuen Gesetz über die Erhebung eines Zuschlages zur Grundsteuer zur Förderung des Wohnungsbaues vorgelegt, der die zur Zeit gültigen Bestimmungen enthält und auch die reichsgesetzlichen Bestimmungen wiedergibt. Vor allem aber ist auch die Höhe der Abgabe neu zu regeln. Im Reiche ist durch das Gesetz über die Anpassung der Wohnungsbauabgabe an die Geldentwertung vom 19. Juli 1923 die Abgabe vom 1. Juli 1923 bis 31. Dezember 1924 einschließlich des von den Gemeinden zu erhebenden Zuschlags auf 18 000 v. H. und durch Gesetz über weitere Anpassung der Wohnungsbauabgabe an die Geldentwertung vom 18. August 1923 für die gleiche Zeit auf 90 000 v. H. des Nutzungswertes erhöht. Um hier durch einen Zuschlag zur Grundsteuer das gleiche Ergebnis zu erreichen, muß die Abgabe auf 45 000 v. T. des gemeinen Wertes festgesetzt werden. Mit den dadurch gewonnenen Mitteln würde indessen nur wenig erreicht werden können. Die Baubehörde hat am 15. August d. J. berechnet, daß zur Vollendung der angefangenen Wohnungsbauten sowie zum Bau von zwanzig weiteren kleinsten Wohnungen insgesamt rund 54 Milliarden Mark nötig sein würden. Außerdem ist die für weitere Einbauten erforderliche Summe auf 26 Milliarden Mark veranschlagt, sodaß für dieses Bauprogramm insgesamt rund 80 Milliarden Mark in Betracht kamen. Nach einer Mitteilung der Baubehörde vom 10. September d. J. haben sich die Kosten infolge der fortschreitenden Geldentwertung auf 630605 Millionen Mark erhöht.

Mit der Finanzbehörde ist der Senat der Ansicht, daß die Abgabe vom 1. Oktober d. J. ab in einer Höhe erhoben werden muß, um dieses Bauprogramm, dessen Kosten voraussichtlich sich noch mehr erhöhen werden, zur Durchführung zu bringen. Danach empfiehlt es sich, den Zuschlag für das noch laufende Rechnungsjahr auf das 2000fache des gemeinen Wertes festzusetzen. Für die Folge sei die Abgabe in der Weise beweglich gestaltet werden, daß die Finanzbehörde im Einvernehmen mit dem Haushaltsausschuß der Bürgerschaft die Höhe der Abgabe jährlich zu bestimmen hat.

Zu dem Gesetzentwurf ist zu sagen, daß der Eingang des § 2 eine klarere Fassung erhalten hat, indem danach eine Befreiung von den Zuschlägen nur dann eintreten soll, wenn entweder Wohnhäuser oder Wohnungen nach dem 30. Juni 1918 neu hergestellt worden sind. Der Senat stellt zur Mitgenehmigung der Bürgerschaft einen entsprechenden Antrag.

Stadt-Theater. Die Intendanz des Stadttheaters hat für künstlerische Entwürfe von Bühnenbildern Johannes Schröder aus Hamburg und Alfred Mahlau aus Lübeck verpflichtet. Johannes Schröder hat erst jüngst wieder durch seine ganz und gar moderne Neugestaltung des Wagnerschen Ringes großes Aufsehen hervorgerufen. Er ist für die Vereinigten Theater Duisburg-Bochum, für die Kammerspiele Hamburg und für Berlin tätig. Alfred Mahlau, den Lübeckern längst bekannt, wird zuerst die Bühnenbilder für „Die tote Stadt" von Korngold entwerfen: Erstaufführung am 26. Oktober unter der szenischen Leitung des Intendanten, der musikalischen von Kapellmeister Mannstaedt. Dann wird Alfred Mahlau die Entwürfe für „Mörder — Hoffnung der Frauen" von Kokoschka-Hindemith fertigen: Erstaufführung voraussichtlich am 22. November unter der szenischen Leitung des Intendanten, der musikalischen von Kapellmeister Mannstaedt. Als Bühnenmaler ist ein junger Hamburger Hermann

Schlüschen verpflichtet; die künstlerische Aufsicht über den Malersaal wird Johannes Schröder führen. — An Neueinstudierungen in der Oper sind geplant: Für Freitag, 21.: „Rheingold"; musikalische Leitung: Kapellmeister Mannstaedt, szenische: Opernregisseur Daum. Für Sonntag, den 30. Septbr.: die Operette „Wiener Blut" von Joh. Strauß; für Sonntag, 7. Oktbr.: „Cosi fan tutte"; für Sonntag, 14. Okt.: „Tiefland". In der Operette wird nach „Wiener Blut" die „Schöne Galathee" und „Brüderlein fein" gegeben werden. Im Schauspiel ist für Mittwoch, 26. Sept. das wirksame Lustspiel „Dyckerpotts Erben" von Robert Grötzsch vorgesehen. Am Mittwoch, 3. Okt. soll Wedekinds „Marquis v. Keith", am Dienstag, 9. Okt.: „Klarissas halbes Herz" von Max Brod und am Mittwoch, 31.: „Die Propheten" von Hanns Johst folgen. In der zweiten Novemberhälfte wird Fritz Valk als König Lear gastieren.

Ein Erfolg des geschlossenen Auftretens der Werftarbeiter.

Die Belegschaft der Flenderwerft erzwingt von der Direktion die Auszahlung einer Lohnabschlagzahlung von 50 Millionen Mark.

Die Belegschaft der Flenderwerft demonstrierte am letzten Sonnabend vor dem Direktionsgebäude. Die Forderung einer sofortigen Lohnabschlagszahlung wurde durchgedrückt. Am Montag bekam jeder Arbeiter 50 000 000 Mk. ausbezahlt.

*

Diese Notiz bringt die kommunistische „Volkswacht" am Sonnabend. Hierzu geht uns von der Direktion der Flenderwerft eine Mitteilung zu, in der gesagt wird, „daß die Bemerkung in der „Volkswacht" Wort für Wort gelogen ist. Weder hat die Belegschaft am Sonnabend, dem 8., denn dieser kommt wohl in Frage, vor unserem Verwaltungsgebäude demonstriert, noch ist dieselbe mit der Forderung einer sofortigen Lohnabschlagszahlung an uns herangetreten, und hat infolgedessen am Montag, dem 10., niemand einen Lohnabschlag erhalten."

H. **Hansa-Theater.** „Der Leibkutscher des Fridericus Rex", Operette von Quedenfeldt, Musik von Snaga und Manninger. Um einem dringenden Bedürfnis abzuhelfen, hatte wieder ein Textdichter Friedrich den Großen bemüht — bei weitem nicht so wirkungsvoll wie in Gilberts gefälliger Operette „Die Dose Sr. Majestät", einem Werkchen, das Frische und Geschmack aufweist. Das läßt sich von Quedenfeldts Dichtung nicht behaupten — der übliche Operetten-Brei, verwässert mit den üblichen Sentimentalitäten (Laßt kleine Kinder um mich sein, dann ist die liebe Thränendrüse in Aktion!) und begabt mit einem dritten Akt, der sich selbst im Wege steht. Dazu Friedrich der Große als Operetten-Akteur — deutscher Geschmack! Die Musik ist besser als das Buch, gefällig, rhythmisch belebt, aber ohne einprägsames Profil. Herr Raven gab den Leibkutscher Pfund was ihm gebührt: Humor und derbe Frische. Herr Vahl war wohl komisch — als Salonbauer, wenig bemüht um scharfe Zeichnung. Herr Waldemar Hecht sang die unmöglichen prinzlichen Lyrismen recht ansprechend und musikalisch sicher. Fräulein H. Witt ist eine niedliche Mamsell Ente; die Tongebung der Sängerin zeigte in der hohen Lage stellenweise Schärfen, die bedenklich werden können. Herr Kapellmeister Hornickel war mit erfolgreichem Eifer am Werk.

Aus dem Polizeibericht. Festgenommen wurde ein 19jähriger Arbeiter aus Gr.-Grönau wegen Einbruchsdiebstahls zum Nachteil einer hiesigen Margarinefiliale. — Festgenommen wurden zwei Arbeiter am Bahnhof, die Kleidungsstücke, Spirituosen und 100 Eier bei sich trugen, die sie in Bad Kleinen gestohlen hatten. — Auf dem 2. Polizeirevier, St.-Lorenz-Wache, sichergestellt sind 6 abgeschlachtete Kaninchen, die vermutlich aus einem Diebstahl herrühren. — In der Nacht vom 15. zum 16. d. Mts. sind aus einem Hause der Moislinger Allee 10 Enten, 7 Küken, 2 Hühner und 5 junge, weiß- und graubunte Gänse gestohlen worden.

*

Siems. In der Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Vereins sprach am letzten Sonnabend Parteisekretär Gen. Weiß. Zu bedauern ist, daß die Genossinnen und Genossen sich nicht die Zeit nahmen, diese Versammlung zu besuchen. Der Referent schilderte in einstündiger Rede die politische und wirtschaftliche Lage Deutschlands. Auch die lübeckischen Kämpfe, die erst jetzt schärfere Formen annehmen werden, behandelte Redner. In der Aussprache wurde von einem Genossen ganz besonders betont, daß die geistige Einstellung der Parteigenossen eine höhere werden müsse. Den Sozialismus könne man nur mit edlen Menschen erringen. Nach einem kurzen Schlußwort des Gen. Weiß und Erledigung einiger örtlicher Angelegenheiten wurde die Versammlung vom Gen. Seliz geschlossen.

Kronsforde. In einer Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Vereins am Sonnabend abend sprach Genosse Wolfradt über die politische Lage. Zum Schluß wies Redner auf die schwierige Situation hin, in der sich die freien Gewerkschaften sowie die Partei befindet. Wir müssen dem Gegner zum Trotz alles daran setzen, um die Arbeiterpresse, die freien Gewerkschaften und die Partei über diese schwere Zeit hinweg zu helfen. Die Versammlung hätte besser besucht sein können.

Hansa-Theater. Täglich, abends 7½ Uhr, das Singspiel „Der Leibkutscher des Fridericus Rex".

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Die Lübecker Genossenschaftsbäckerei weist im Inseratenteil darauf hin, daß der Vorstand am Donnerstag und Freitag, abends von 6—8 Uhr im Bureau der Gewerblichen Krankenkasse, Johannisstraße 46, zur Entgegennahme des erhöhten Geschäftsanteils anwesend ist. Der Geschäftsanteil wurde auf 100 000 Mk. erhöht. Jedes Mitglied kann 5 Anteile erwerben.

Angrenzende Gebiete.

R. **Mölln i. Lbg.** Eine gut besuchte Parteiversammlung fand am Sonnabend abend in der Aula statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Ableben unseres Parteiveteranen Willy Pfannkuch. Hierauf hielt Gen. Reisberger-Lübeck einen Vortrag über „Wirtschaftliche und politische Tagesfragen". Ausgehend von der wirtschaftlichen Not während des Krieges bis in die Jetztzeit, kennzeichnete der Referent die skrupellose Ausbeutung unserer Volksgenossen durch das Großkapital, die Landwirtschaft und die widerliche Brut der Schieber und Wucherer. Auf politischem Gebiet muß die Aktivität der jetzigen Regierung noch größer werden, damit nicht nur die Ruhrfrage gelöst, sondern auch der innere Frieden gefestigt wird. Um dieses Ziel zu erreichen, müsse die jetzige Regierung unterstützt werden. Notwendig sei aber auch der rücksichtsloseste Kampf gegen die rechts- und linksstehenden Totengräber der Republik. An der lebhaften Aussprache beteiligten sich verschiedene Genossen, u. a. die Gen. Wagner und Michel, die ebenfalls in warmen Worten zur regen Agitation und fleißigen Mitarbeit aufforderten. Gen. Michel gab noch einen eingehenden Bericht von der Wandsbeker Tagung. Im Schlußwort ging der Referent noch auf verschiedene Fragen ein und richtete einen warmen Appell an die Genossen, auf dem Posten zu sein und treu zur Partei und deren Presse zu halten.

Hamburg. Der Hamburgische Senat für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Brotversorgung. Die außerordentliche Erhöhung des Abgabepreises der Reichsgetreidestelle für Brotgetreide von 9 200 000 Mk. auf 96 000 000 Mk. für den Doppelzentner 85prozentigen Roggenmehls hat den Senat beschäftigt. Der Senat steht auf dem Standpunkt, daß unter den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen der bisherige Beschluß der Reichsleitung, die öffentliche Brotversorgung mit dem 15. Oktober fortfallen zu lassen, nicht zur Durchführung gelangen darf. Es bestehen nach Auffassung des Senats die schwersten Bedenken dagegen, vom 15. Oktober an den Brotpreis dem Weltmarktpreis folgen zu lassen und die öffentliche Fürsorge darauf zu beschränken, daß den Minderbemittelten aus der Brotversorgungsabgabe Verbilligungszuschüsse gewährt werden. Der Senat hat die erforderlichen Schritte eingeleitet, um diesen seinen Standpunkt zur Geltung zu bringen. — Ein schwerer Straßenunfall ereignete sich am Freitag am Schleidenplatz. Ein von der Hamburger Straße kommender Straßenbahnzug traf beim Schleidenplatz einen Lastkraftwagen der „Produktion". Der Führer des letzteren riß, um einen Zusammenstoß zu vermeiden, die Steuerung herum und überfuhr nun drei auf dem Schleidenplatz stehende Frauen. Eine Frau Kibbel war sofort tot, während die beiden andern Verunglückten schwere Beinverletzungen erlitten. Furchtbar war der Jammer der Kinder einer Frau Bethke, vor deren Augen die Mutter überfahren wurde.

Briefkasten.

W. K., Dummersdorf. Der Raummangel und die gewaltigen Unkosten verbieten, Ihrem Wunsche nachzukommen. Die Lohnberechnung der Landarbeiter nach dem Roggenpreis finden Sie jede Woche nach den Angaben der Gauleitung des Landarbeiterverbandes unser „Freistaat Lübeck".

Quittung.

Für den Kampffonds gingen ein: A. S. 50 00. A. S. 200 000. F. 280 000. R. G. 100 000. F. M. 2 000 000. H. St. 4 000 000. A. Z. 100 000. A. Möller 200 000. Durch A. Dreger 1 000 000. Arbeiter des Hochofenwerks 2. Rate 20 000 000. Durch Lewerenz-Moisling 3 260 000. Hochofenwerk 3. Rate 5 000 000. A. Meyer 500 000. Durch Steinberg 100 000. F. T. 100 000. Holm 400 000. Im Briefkasten gefunden 23 275. M. G. 300 000. H. St. 5 000 000. A. B. 150 000. Poggensee 5 000 000.

Das Parteisekretariat.

„Das Körnchen Wahrheit".

An Herrn Rechtsanwalt Ewers — von einem „Landfremden" und „Heimatlosen". — Die Sprache der Tatsachen.

Ein Kolonialwarenhändler hat es entdeckt: ich sei ein „Landfremder", ein Franzose — als Elsässer. Immerhin: ein Kolonialwarenhändler!

Herr Rechtsanwalt Ewers, Fraktionsvorsitzender der deutschen Volkspartei, Torero des Lübecker Bürgertums, wackelt hinter dieser Kolonialwarenweisheit einher. In einem ebenso blindwütigen als ungeschickt-plumpen Artikel in den Schwanennummern der inzwischen sanft und selig entschlafenen „Lübecker Neuesten Nachrichten" beschäftigt er sich von Anfang bis Ende mit mir — persönlich: spricht von meiner „Landfremdheit" und von meinem „undeutschen Wesen" und stellt demgegenüber seine eigene Heimatliebe und vaterstädtische Erwärmung in hellstes Licht.

*

Das Thema meiner Heimatlosigkeit, meiner „Landfremdheit" anzuschneiden, ist nicht mehr und nicht weniger als eine geschmackvolle Roheit. Es ist das ein Punkt, in dem wir jungen Elsässer, die ihrer Heimat den Rücken kehrten, um deutsch zu bleiben, tödlich verwundbar und wehrlos sind.

Eine unendliche Bitterkeit nimmt mir gegen solche taktlosen Ungezogenheiten jede Waffe. Ich stehe dann auf dem steilen Felsen von Breisach, den brausend und wogend der Rhein umspült. Und starre hinüber, mit brennenden Augen. Unendlich weit dehnt sich die elsässische Ebene, Dorf neben Dorf schmiegt sich in Obstgärten, schlanke Kirchtürme grüßen sich über Wald und Feld. Wogende Weizenfelder; goldgelbe Maiskolben überall; weiße Trauben und rote. Meine verlorene Heimat! Dunkelblau beschauen die edlen Linien der Wasgenberge über Rebhügel und fruchtbare Berge das eigensinnige und leidenschaftliche Volk, das Völkerschicksale erduldete wie wenig andere.

Der Blick verläßt die Ferne und bleibt rechts unten haften: Ein großes Dorf; darin das kleine Dach. Heimat! Jugend, Eltern, Freunde — alles beisammen. Dort verteidigen deine Vorfahren seit Jahrhunderten, unter deutscher, französischer, deutscher und wieder französischer Herrschaft ihre Sprache und ihre Gebräuche. Sie haben nie anders als deutsch gesprochen, und sie tun es heute noch.

Um mein Schicksal mit dem meines großen Vaterlandes zu verknüpfen, habe ich mein kleines Vaterland geopfert. Darüber denke ich nach: jetzt wirst du als „Landfremder" verhöhnt und als Heimatloser. Um nicht der Franzosenherrschaft dich zu beugen, hast du die Heimat verlassen und jetzt höhnt man dich mit „gallischem Esprit". Zaberneriinnerungen tauchen auf. Und die unendliche Schuld solcher gedankenloser Schwätzer beim Schlage eines Ewers weckt nur Bitterkeit. Sie haben das fertig gebracht, was Jahrhunderte nicht vermochten. Das Elsaß beginnt sich endgültig und innerlich von Deutschland zu lösen. Es beginnt zu sterben.

Kennen Sie denn das Elsaß, Herr Ewers? Nie und nimmer, sonst würden sie nicht so sprechen. Kennen Sie das elsässische Volk und seine Schicksale? Dann würden Sie sich solcher Aussprüche schämen! Ich nehme für mich in Anspruch, daß ich für meine deutsche Gesinnung soviel geopfert habe als einer. Wenn es auch heute noch sogenannte Deutsche gibt, die im „Wackeston" sich wohlfühlen, so bleibt mir und meinen Schicksalsgenossen nur eins: Schweigen.

*

Ein anderes. Mir „gallischen Esprit" vorzuwerfen, ist nicht klug von Ihnen, Herr Ewers! Behalten Sie doch ein bißchen davon für sich. Sie können ihn sehr, sehr gut gebrauchen. Denn Ihr letzter Artikel bewegt sich an Geistlosigkeit und blindem Geschimpfe noch unter dem Niveau der kommunistischen „Volkswacht". Und im Lande des „gallischen Esprits" hätten Sie sich damit für Lebenszeit unsterblich lächerlich gemacht.

*

„Tatsachen" über das Schicksal der Lübecker Gewerbesteuer will Herr Ewers dann vortragen. Und beweist damit nur, daß nicht nur sein „Geist" abwesend ist, sondern auch sein „Gedächtnis".

Er vergißt zu sagen, daß der Haushaltausschuß eine erste Vorlage fertig ausarbeitete und sie der Bürgerschaft vorlegte. Mit Zustimmung des Herrn Ewers! Eine Vorlage, die heute mindestens zwei Billionen bringen würde. In der Sitzung allerdings stimmten die gesamten bürgerlichen Parteien dagegen, und auch Herr Ewers. Deshalb fehlte die Mehrheit! Denn die Kommunisten halfen dem Bürgertum. Die Vorlage mußte erneut an den Haushaltsausschuß und die Sozialdemokraten mußten sich zu einem Kompromiß bequemen. Die bürgerlichen Parteien wollten höchstens die fünffache Geldentwertung bewilligen. Wir verlangten zehn, dann acht und einigten uns schließlich — unter Zwang — bei sieben. Und der Erfolg? **Die Steuer bringt heute nicht einmal mehr die Hebekosten.** Haut und ich haben auf diese Gefahr aufmerksam gemacht. Lesen Sie im Stenogramm nach, was Sie und Ihre Freunde darauf antworteten, Herr Ewers.

Das sind die Tatsachen. Das ist das „Körnchen Wahrheit", von dem Sie sprechen. Ein Politiker muß auch ein bißchen Gedächtnis haben. Sonst haut er sehr leicht daneben. Und wenn er das mit so großem Gepolter tut, wie es Ihre Art ist, so wirkt das doppelt peinlich.

*

Großen Spaß hat mir die stolze Behauptung des Rechtsanwalts Ewers gemacht, daß die gesetzliche Form für die Geldentwertungsbestimmung habe festlegen müssen, da „Dr. Leber seine Ideen nicht in juristischer Form zu Papier bringen konnte."

O, ihr alle, die ihr mühselig und beladen seid, strömt herbei und staunt ob des juristischen Genies eines Rechtsanwalts Ewers. Und bewundert sein Werk, das da lautet:

> Der festgesetzte Prozentsatz wird als Steuereinheit erhoben. Die Zahl der zu erhebenden Einheiten wird von der Finanzbehörde errechnet und bekannt gegeben. Die Einheitsziffer wird ermittelt durch Teilung der großen Lübecker Indexziffer in dem der Veranlagung vorausgehenden (soll richtig heißen: vorausgegangenen) Monat durch diejenige im Dezember des Vorjahres. Die also ermittelte und nach unten hin abgerundete Zahl bezeichnet die Anzahl der zu erhebenden Einheiten; es sollen jedoch nicht mehr als sieben Einheiten erhoben werden.

Diese bewunderungswürdige Weisheit konnte Dr. Leber nicht zu Papier bringen. Nein, dazu gehört der juristische Scharfsinn eines volksparteilichen Rechtsanwalts. Der staunende Leser wird wahrhaftig nicht wissen, wen er mehr bedauern soll: den geistig beschränkten Dr. Leber oder den fabelhaft scharfsinnigen Rechtsanwalt Ewers. O jerum, jerum . . .

Das Bürgertum kann stolz sein auf seine Leuchten, sehr stolz.

*

Die Steuerpolitik aller bürgerlichen Parteien hat dem Kapital reiche Geschenke gemacht. Und hat auf dem Umwege über die Inflation alle Lohnempfänger aufs schwerste geschädigt. Der Staat kann seit Monaten die Beamtengehälter nicht mehr voll auszahlen mit seinem Geld, er wird nächstens überhaupt am Ende sein. Nach wie vor schenkt er trotzdem den Riesengewinnlern die Steuern. Und das nennt man bei der Volkspartei **Interessenvertretung der Beamten und Angestellten.** Leider sind viele Beamte und Angestellte noch nicht dahinter gekommen, wer sie einseift und rasiert. Aber allmählich dämmert es!

*

Nein, Herr Ewers! Schweigen brauchen Sie wirklich nicht. Aber wenn Sie mich bekämpfen — dann nicht so geschmacklos und nicht so dumm. Wenn, wie Sie meinen, jede Partei die Führer hat, die sie verdient, so scheinen mir die politischen Verdienste der Volkspartei umgekehrt proportionell zu sein zu ihren geldlichen „Verdiensten".

Die Arbeiterschaft hat einen viel schärferen politischen Blick als das Bürgertum. Sie weiß deshalb ihre Führer schon richtig auszuwählen. Ihre Ratschläge sind deshalb noch überflüssiger als Ihre übrigen „Purzelbäume". Uebrigens werden wir in einigen Wochen Gelegenheit haben, Ihnen unsere Ansichten über die Führerpersönlichkeiten im Bürgertum viel ausführlicher und deutlicher vorzutragen als heute.

*

Zum Schluß! Lesen Sie bitte Ihren Artikel „Allzupersönliches und Steuerbetrug" noch einmal durch. Scheiden Sie die persönlichen Verunglimpfungen aus, um nur den sachlichen Gehalt zu betrachten. Und Sie werden zu einer merkwürdigen Erkenntnis kommen. Nicht einen einzigen Punkt unserer Stellungnahme können Sie sachlich kritisieren. Sie müssen selbst zugeben, daß der Erfolg sich gegen Sie entschieden hat. Vielleicht werden uns die nächsten Wochen Gelegenheit geben, neue Ideen zu entwickeln, die Sie dann wieder in juristische Form kleiden dürfen. Wir Sozialdemokraten können das nämlich nicht.

Und dann werden Sie, Herr Ewers, aufs neue Gelegenheit haben, Ihre „Liebe zur Heimat" und Ihre „Erwärmung für die Vaterstadt" abzuwägen gegen Ihr kapitalistisches Herz. Denn wir müssen unbedingt zu einer Steuerreform kommen! Wir müssen unsere Finanzen sanieren! Wir müssen Arbeit schaffen! Und wir müssen Wohnungen bauen!

Mit „juristischen Formulierungen" allein geht das alles leider nicht. Es muß angefaßt werden. Und Sie können dann Ihren hohen patriotischen Worten Taten folgen lassen. Wollen wir Ihnen noch einmal die Palme eines Führers in Aussicht stellen!

Völlig ehrlich, Herr Ewers!

Dr. Leber.

6600

Dixin Henkel's Seifenpulver

das Seifenpulver für jedes Waschverfahren. Größte Ergiebigkeit!